

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Georg Brunner

Die ungarische Revolution —
25 Jahre danach

Gabriele Müller-List

Eine neue Moral
für Deutschland?

Die Bewegung für Moralische
Aufrüstung und ihre Bedeutung
beim Wiederaufbau 1947—1952

Kurt Gerhard Fischer

„Viel Lärm um nichts“ —
oder: Wie ist es um die
Politische Bildung bestellt?

ISSN 0479-611 X

B 44/81

31. Oktober 1981

Georg Brunner, Dr. jur., geb. 1936 in Budapest; seit 1971 o. Professor für öffentliches Recht, Ostrecht und Politikwissenschaft an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde.

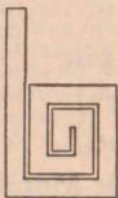
Buchveröffentlichungen u. a.: Die Grundrechte im Sowjetsystem, Köln 1963; Das Parteistatut der KPdSU 1903—1961, Köln 1965; Die Problematik der sozialen Grundrechte, Tübingen 1971; Kontrolle in Deutschland, Köln 1972; Einführung in das Recht der DDR, München 1975, 2. Aufl. 1979; Politische Soziologie der UdSSR, 2 Bde., Wiesbaden 1977; Vergleichende Regierungslehre, Bd. I, Paderborn 1979 (UTB 956).

Gabriele Müller-List, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Bonn; seit Januar 1980 wiss. Mitarbeiterin bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn.

Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Sozialgeschichte; z. Z. Arbeit an einem Projekt zur Montanmitbestimmung.

Kurt Gerhard Fischer, Dr. phil., geb. 1928 in Leipzig; Studium der Pädagogik, Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaften; Prof. für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Gießen.

Veröffentlichungen bis 1972 s. B 29/72; neuere Veröffentlichungen: Überlegungen zur Didaktik des Politischen Unterrichts, Göttingen 1972; Problem Bildung — Strukturen und Tendenzen (Hrsg. Dieter Cwienk und K. G. Fischer), Stuttgart 1974; Theorie und Praxis von Consensus und Dissensus, Hannover 1974; (Hrsg.) Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der Politischen Bildung, Stuttgart 1980⁴; (Schulbuch; Hrsg.) Mensch und Gesellschaft, Stuttgart 1973 u. ö.; (Lehrerhandbuch, Hrsg.) Mensch Gesellschaft Politik, Stuttgart 1974 u. ö.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die ungarische Revolution — 25 Jahre danach

I. Die ungarische Revolution von 1956 ¹⁾

1. Skizze der Ereignisse

Am frühen Nachmittag des 23. Oktober 1956 versammelten sich die Studenten von Budapest, um mit einem Demonstrationzug den Forderungen Ausdruck zu verleihen, die aus dem allgemeinen politischen Gärungsprozeß der letzten Monate allmählich erwachsen waren. Die halbherzigen Maßnahmen der Entstalinisierung, denen am 17. Juli auf einen Wink aus Moskau der stalinistische Diktator M. Rákosi zum Opfer gefallen war, vermochten den Wunsch der Bevölkerung nach substantiellen Veränderungen nicht zu befriedigen. Daß etwas geschehen mußte, das spürte jedermann; doch wie und was geschehen würde, das wußte niemand. Die allgemeine Unruhe nahm ständig zu, und die Unsicherheit der politischen Führung wurde immer offenkundiger. Es entstand etwas, was man gemeinhin eine „revolutionäre Situation“ zu nennen pflegt.

Trotzdem hätte sich aus dem friedlichen Demonstrationzug, dem sich Passanten und aus den Vororten herbeigeeilte Arbeiter anschlossen und der in wenigen Stunden zu einer Massenansammlung von 200 000—300 000 Menschen answoll, kein bewaffneter Volksaufstand entwickeln müssen, wenn die verhaßte Geheimpolizei AVH am Abend vor dem Rundfunkgebäude nicht in die unbewaffnete Menge geschossen hätte, die dort eine Verlesung der

studentischen Forderungen im Rundfunk durchsetzen wollte. Nun besorgten sich Leute aus der aufgebracht Menge Waffen, und es entbrannte ein regelrechtes Gefecht mit den Geheimpolizisten. Das Gefecht weitete sich zum Volksaufstand aus, als im Morgengrauen des 24. Oktober wild um sich schießende sowjetische Panzerkolonnen in Budapest einrückten. Die sowjetische Intervention wurde in der Nacht von der bedrängten ungarischen Partei- und Staatsführung unter ungeklärten Umständen erbeten, doch ergibt sich aus ihrem zeitlichen Ablauf und den vorangegangenen Truppenbewegungen, daß sie von den Sowjets zumindest eigenständig vorbereitet worden war.

In der Hauptstadt und teilweise auf dem Lande begann ein fünftägiger Krieg zwischen den überwiegend aus der Arbeiterschaft stammenden Aufständischen auf der einen und den sowjetischen Truppen sowie den Resten der in Auflösung begriffenen ungarischen Geheimpolizei auf der anderen Seite. Die reguläre Polizei und die ungarische Armee (wenn auch nicht die höchsten Offiziersränge, deren Befehle jedoch nicht befolgt wurden) sympathisierten mit den Freiheitskämpfern, gaben ihnen ihre Waffen und hielten sich aus den Kämpfen im allgemeinen heraus; nur vereinzelt griffen sie aktiv auf Seiten der Aufständischen ein. Der bedeutendste Einzelfall dieser Art war derjenige des Obersten Pál Maléter, der am 25. Oktober vom Verteidigungsminister an der Spitze einer Panzereinheit zur Kilián-Kaserne entsandt wurde, um dort die Disziplin wiederherzustellen. Unter dem Eindruck der Geschehnisse stellt er sich an Ort und Stelle auf die Seite der Aufständischen und leistete mit seinen Soldaten dem Sturm sowjetischer Truppen auf die Kaserne tagelang erfolgreichen Widerstand.

Während der ersten sowjetischen Intervention zerbrachen die überkommenen politischen Strukturen rasch. Noch in den Nacht vom 23. zum 24. Oktober wurde an der Spitze der Regierung der Stalinist A. Hegedüs durch den Nationalkommunisten Imre Nagy abgelöst, und nach dem von der Geheimpolizei angerichteten Blutbad auf dem Parlamentsplatz

¹⁾ Das Schrifttum zur ungarischen Revolution ist sehr umfangreich; vgl. P. Gosztony, Die ungarische Revolution von 1956, Jahresbibliographie — Bibliothek für Zeitgeschichte — Weltkriegsbücherei 1969, S. 604—633. An wichtigen Monographien und Erlebnisberichten recht unterschiedlicher Natur vgl. G. Mikes, The Hungarian Revolution, London 1957 (Revolution in Ungarn, Stuttgart 1957); T. Aczel — T. Meray, The Revolt of the Mind, New York 1959 (Die Revolte des Intellekts, München 1959); T. Meray, Thirteen Days That Shook the Kremlin, New York 1959 (Dreizehn Tage, die den Krell erschütterten, München 1961); P. Kécskemeti, The Unexpected Revolution, Stanford/Cal. 1961; F. Váli, Rift and Revolt in Hungary, Cambridge/Mass. 1961; P. E. Zinner, Revolution in Hungary, New York 1962; P. Gosztony (Hrsg.), Der Ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1966; M. Molnár, Victoire d'une défaite, Paris 1968 (Budapest 1956, London 1971); S. Kopácsi, Au nom de la classe ouvrière, Paris 1979 (Die ungarische Tragödie, Stuttgart 1979); D. Irving, Aufstand in Ungarn, Hamburg 1981.

übernahm am 25. Oktober der unter Rákosi eingekerkerte und grausam gefolterte János Kádár von dem Stalinisten E. Gerö die Parteiführung. Die Wiedereinsetzung Imre Nagys als Ministerpräsident, der dieses Amt als Repräsentant des gescheiterten „Neuen Kurses“ schon vom Juli 1953 bis April 1955 bekleidet hatte, entsprach zwar einer zentralen politischen Forderung der Reformkräfte, doch war dies eher als eine taktische Maßnahme gedacht. Trotz aller personellen Veränderungen blieb Nagy von Stalinisten und anderen reformfeindlichen Kräften „eingerahmt“. Seiner Handlungsfreiheit waren enge Grenzen gesetzt, die auch eine tatkräftigere Persönlichkeit kaum hätte durchbrechen können. Regierung und Parteipräsidium bewegten sich in einem zunehmend luftleeren Raum.

Mit der Desintegration der Herrschaftsapparate ging die reale Macht auf eine Vielzahl spontan entstandener lokaler Gruppierungen über: die Straßen von Budapest wurden von den Gruppen der Aufständischen beherrscht; in den Betrieben bildeten sich Arbeiterräte; auf dem Lande übernahmen Revolutionsräte die örtliche Verwaltungsmacht; Revolutionsräte wurden auch auf funktioneller Grundlage von Berufs- und Jugendgruppen, in Bildungseinrichtungen und Verwaltungen ins Leben gerufen.

Der militärische Eingriff der Sowjetunion schien mit einem Fiasko zu enden. Am 28. Oktober zogen sich die sowjetischen Truppen aus Budapest zurück, die Regierung proklamierte den Waffenstillstand mit den Aufständischen (gegen die Regierungstruppen niemals gekämpft hatten), erkannte in der Volkserhebung eine nationale und demokratische Bewegung und erklärte, daß Verhandlungen über den Abzug sowjetischer Truppen aus Ungarn eingeleitet werden seien.

Eine Woche der Freiheit begann! Was diese Woche für das ungarische Volk bedeutete, werden wohl nur diejenigen Leser ermessen können, die eine Diktatur am eigenen Leibe erlebt haben. Zur Chronik der politischen Fakten gehören die Abschaffung des Einparteiensystems und die Bildung einer Koalitionsregierung aus den 1945er Parteien ²⁾ am 30. Oktober

²⁾ Es gab deren vier; ihr bei den relativ freien Parlamentswahlen vom 4. 11. 1945 errungener Stimmenteil wird in Klammern angegeben: die bürgerlich-demokratisch ausgerichtete Kleinlandwirtpartei (57 %), die Sozialdemokraten (17,4 %), die Kommunisten (17 %) und die linke agrarsozialistische Bauernpartei (7 %).

sowie die Neutralitätserklärung und der Austritt aus dem Warschauer Pakt am 1. November. Zwei Tage später erfolgte eine erneute Regierungsumbildung: die letzte Regierung Nagy setzte sich aus drei Kommunisten, drei Sozialdemokraten, drei Vertretern der Kleinlandwirtpartei, zwei Repräsentanten der Pétöfi(Bauern)-Partei und dem parteilosen Oberst Maléter als Verteidigungsminister zusammen.

Am Abend des 3. November fuhr Verteidigungsminister Maléter mit einer Regierungsdelegation auf Einladung der Russen in das sowjetische Hauptquartier nach Tököl, um die Einzelheiten des bereits zugesagten Abzugs aller sowjetischen Truppen aus Ungarn auszuhandeln. Er fuhr in eine Falle. Die ganze Delegation wurde verhaftet, und wenige Stunden nach Mitternacht begann der zweite militärische Überfall der Roten Armee auf das seiner militärischen Führung beraubte Land.

Die niederträchtige Methode, die 1968 auch in der Tschechoslowakei praktiziert werden sollte, war erfolgreich: Vortäuschung von Verhandlungsbereitschaft, um den Gegner in Sicherheit zu wiegen und insgeheim die militärische Intervention vorzubereiten. Der bewaffnete Widerstand war nunmehr sinnlos geworden, aber in verschiedenen Landesteilen gab es noch bis in den Dezember hinein Gefechte.

Im Auftrag der Sowjets übernahm eine kommunistische Partei- und Staatsführung die Macht, an deren Spitze János Kádár stand, ein Mitglied der Regierung Nagy, der am 1. November spurlos verschwunden und zu den Russen übergelaufen war. Ihm oblag die Liquidierung der Ergebnisse der Revolution und vor allem die Verfolgung der Freiheitskämpfer. Hunderte von Todesurteilen wurden gefällt und vollstreckt, darunter nach zwei Geheimprozessen im Juni 1958 auch gegen Imre Nagy und Pál Maléter ³⁾. Nach groben Schätzungen forderte die Revolution 3 000 bis 5 000 Todesopfer und über 15 000 Verwundete; rund 200 000 Flüchtlinge verließen noch 1958 das Land.

³⁾ Vgl. hierzu die von der Internationalen Juristischen Kommission herausgegebenen drei Dokumentationsberichte: Die ungarische Lage und die Rechtmäßigkeit, Den Haag 1957/58. Einen aufschlußreichen Einblick in die Regie der Geheimprozesse bieten die unlängst erschienenen Erinnerungen des damaligen Polizeipräsidenten von Budapest, der selber zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde: Kopácsi (Anm. 1 deutsch), S. 218 ff.

2. Der politische Hintergrund

Die ungarische Revolution war der Höhepunkt der allgemeinen politischen Krise, die den sowjetischen Machtbereich nach Stalins Tod am 3. März 1953 erfaßt hatte und durch den XX. Parteikongreß der KPdSU vom Februar 1956 verschärft worden war, auf dem Chruschtschow seine berühmte Geheimrede über die stalinistischen Verbrechen gehalten hatte. Die Entstalinisierung rief in den Ländern Osteuropas schwere politische Erschütterungen hervor, die in Polen und Ungarn der Parteikontrolle zu entgleiten drohten.

Ende Juni 1956 kam es in Polen zu Protestkundgebungen der Arbeiter, die sich in Posen zu einem blutigen lokalen Aufstand entwickelten, nachdem die Regierung den Einsatz regulärer Truppen angeordnet hatte. Dann aber kam die Regierung den Arbeitern mit den geforderten wirtschaftlichen Zugeständnissen entgegen. Die polnische Führung verstand es im übrigen, die politische Krise durch Reformmaßnahmen und eine personelle Erneuerung (am 20. Oktober bestimmte das Zentralkomitee W. Gomułka zum neuen Parteichef) aus eigener Kraft zu bewältigen und das Maß der Veränderungen zu bestimmen, mit dem sich die Sowjets gerade noch abfinden und das eigene Volk gerade noch zufrieden gab.

Die politische Führung in Ungarn war nicht so einsichtig. Sie mußte immer wieder von Moskau zu den unumgänglichen Maßnahmen bewegt werden, die aber hinter dem jeweiligen Stand des politischen Gärungsprozesses zurückblieben und den Unmut der Bevölkerung gerade im Hinblick auf die Entwicklung in Polen eigentlich nur vergrößerten. Es geschah zu wenig und zu spät; die stalinistischen Führer hatten im Grunde nur die Erhaltung ihrer Macht vor Augen und übersahen dabei die tatsächlichen Veränderungen in der Volksstimmung. Die Eruption wurde auf diese Weise unvermeidlich.

3. Die internationale Lage

Der Ausbruch der ungarischen Revolution stand in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der internationalen Lage, trotzdem wurde ihr Ausgang von dieser nachteilig beeinflusst. Abgesehen von der vordergründigen Aussöhnung mit Belgrad bewirkte das Entstalinisierungsprogramm Chruschtschows keine wesentlichen Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik. Zwar wurde am 15. Mai

1955 der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet und kam im Juli desselben Jahres die Genfer Gipfelkonferenz der vier Mächte zustande, doch zeigten die folgenden Monate, daß die Sowjetunion in den Ost-West-Beziehungen zu keinerlei substantiellen Zugeständnissen bereit und die westliche Hoffnung auf eine Entspannung übertrieben war. Immerhin war der „Geist von Genf“ zu Beginn des verhängnisvollen Jahres 1956 noch nicht vollständig verfliegen und trug seinen Teil dazu bei, die Konfrontationsbereitschaft des Westens in den folgenden kritischen Monaten zu dämpfen.

Die größere taktische Flexibilität Chruschtschows in den Außenbeziehungen bedeutete keinen Verzicht auf die stalinistische Expansionspolitik. Im Gegenteil, ihr Wirkungsbereich wurde über den bisherigen „Sicherheitsgürtel“ hinaus erweitert, wobei sich als lohnendes Objekt namentlich der Nahe Osten anbot. In Ägypten bot die Machtübernahme des Obersten Nasser im November 1954 einen willkommenen Ansatzpunkt. Durch propagandistischen Beistand, wirtschaftliche Beziehungen und Waffenlieferungen baute die Sowjetunion in den Jahren 1955/56 dort ihren Einfluß rasch aus. Dergestalt ermutigt, erklärte Nasser am 26. Juli 1956 die Verstaatlichung des Suez-Kanals. Der dadurch heraufbeschworene Suez-Konflikt wuchs sich zu einem Krieg aus, als die israelische Armee am 29./30. Oktober mit einem Präventivschlag die ägyptischen Stellungen überrannte, den Gaza-Streifen sowie die Sinai-Halbinsel besetzte und am nächsten Tag britische und französische Luftstreitkräfte in der Kanalzone Ägypten angriffen. Die Vereinigten Staaten waren über die israelisch-britisch-französische Sonderaktion nicht informiert und mißbilligten sie.

Es kann nicht behauptet werden, daß England und Frankreich sich die ungarische Revolution bewußt zunutze gemacht haben, aber sie ließen sich durch sie jedenfalls nicht von ihrem Vorhaben abbringen, eine weltpolitische Krisensituation zur Durchsetzung ihrer nationalen Sonderinteressen unter Hintanstellung der gemeinsamen Interessen der freien Welt zu nutzen. Das fatale Zusammentreffen der beiden Ereignisse und die durch das Suez-Abenteuer bewirkten Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits sowie England und Frankreich andererseits führten dazu, daß der Westen zur Zeit der zweiten sowjetischen Intervention in Ungarn gespalten und damit in seiner Handlungsfähigkeit beeinträchtigt war.

Hinter den heftigen Protesten der Westmächte verbarg sich nichts anderes als die stillschweigende Anerkennung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa. Sie wurde 1968 im Falle der Tschechoslowakei bestätigt, während die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch durch die sog. „Breshnew-Doktrin“

II. Das „Programm“ der Revolution

Da die Revolution spontan ausgebrochen war, hatte sie keine „Ideologie“ im Sinne eines theoretisch fundierten und systematisch geschlossenen Programms⁴⁾. Es wäre insbesondere verfehlt, ihre Anliegen mit den nationalkommunistischen Reformvorstellungen eines Imre Nagy⁵⁾ zu identifizieren, über die die Entwicklung — hätte sie sich ungehindert entfalten können — bald hinweggegangen wäre. Denn das ungarische Volk wollte nicht einen besseren Kommunismus, sondern das Ende eines jedweden Kommunismus. Es ist auch keineswegs sicher, daß sich Ungarn auf den „dritten Weg“ zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in Ost und West begeben hätte, den István Bibó, Staatsminister in der letzten Regierung I. Nagys und führender Theoretiker der Kleinlandwirtpartei, in den letzten Revolutionstagen skizziert hat⁶⁾. Die anfechtbaren

⁴⁾ Für eine Gesamtwürdigung ihres geistigen Gehalts vgl. L. Revesz, Das ungarische Oktoberprogramm, in: Der Europäische Osten 1958, S. 675 ff.; Váli (Anm. 1), S. 377 ff.; Zinner (Anm. 1), S. 361 f.; G. Stadtmüller, Die ideologische Diskussion der ungarischen Revolution von 1956, in: W. Frauendienst (Hrsg.), Ungarn — Zehn Jahre danach, Mainz 1966, S. 227 ff.; B. Kovrig, The Hungarian People's Republic, Baltimore 1970, S. 121 ff.

⁵⁾ Sie können am besten dem Manuskript entnommen werden, das Nagy in der Zeit seiner politischen Isolierung nach dem gescheiterten „Neuen Kurs“ zwischen Sommer 1955 und Frühjahr 1956 in der Absicht verfaßte, es dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei vorzulegen, um sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu verteidigen und seine politischen Ansichten darzulegen. Das Manuskript wurde in ungarischer Sprache 1957 in Paris unter dem Titel „A magyar nép védelmében“ veröffentlicht. Zwei Jahre später ist eine deutsche Übersetzung erschienen: Imre Nagy, Politisches Testament, München 1959. Zur Persönlichkeit vgl. im übrigen M. Molnár — L. Nagy, Imre Nagy — Réformateur ou révolutionnaire?, Genf 1959; Meray (Anm. 1, deutsch), S. 19 ff.

⁶⁾ Die Konzeption eines „dritten Weges“ legte Bibó vor seiner Verhaftung 1957 in einer Denkschrift nieder, die unter dem Titel „Harmadik út“ 1960 in London veröffentlicht wurde. In westliche Sprachen ist das Werk leider nicht übersetzt worden. In englischer Sprache liegt eine andere Schrift vor, die er nach seiner Freilassung zu Beginn der 70er Jahre verfaßt hat: The Paralysis of International Institutions and the Remedies, Sussex 1976.

präzisierte, die der Sache nach freilich schon 1956 praktiziert worden war. Ob die mit den Streiks vom August 1980 eingeleitete Entwicklung in Polen zu einer Revision der jeweiligen Standpunkte der beiden Supermächte führen wird, bleibt einstweilen abzuwarten.

Gedanken dieser integren und integrierenden Persönlichkeit scheinen auf Teile der ungarischen Intelligenz in der Emigration wie in der Heimat heute eine größere Anziehungskraft auszuüben, als es 1956 der Fall war⁷⁾.

Unstreitig ist, daß die ungarische Revolution aus einem unerträglichen Gefühl der Unzufriedenheit und Unfreiheit entstand und sich gegen das bestehende Regime richtete. Da dieses Regime fremdbestimmt und kommunistisch war, trug der Volksaufstand naturgemäß stark antisowjetische und antikommunistische Züge. Ins Positive gewendet bedeutet dies, daß die Revolution nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie im klassisch-abendländischen Sinne des Wortes erringen wollte. Sie machte eine Reihe sehr konkreter Einzelorderungen geltend, die etwa an den „14 Punkten“ der Studenten der Technischen Hochschule von Budapest abzulesen sind, die zur Plattform der Demonstration vom 23. Oktober wurden⁸⁾. In der Reihenfolge ihrer quantitativen Gewichtung betrafen sie die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, politische und wirtschaftliche Reformen⁹⁾.

Als Voraussetzung für die nationale Unabhängigkeit, mit der der Gedanke der Neutralität des Landes aufs engste verbunden war, wurden der Abzug aller sowjetischen Truppen und der Austritt aus dem Warschauer Pakt verlangt. Wie bereits erwähnt, hat sich die legale Regierung am 1. November all diese Forderungen zu eigen gemacht.

In politischer Hinsicht standen die Forderungen nach Zerschlagung der Geheimpolizei, li

⁷⁾ Im Mai 1980 wurde in Genf ein „Dies Academicus Hungaricus“ veranstaltet, der dem Werk des ein Jahr zuvor verstorbenen Bibó gewidmet war. Gleichzeitig ist in Ungarn eine umfangreiche Bibó-Gedächtnisschrift vorbereitet worden, deren Publikation die Behörden bislang verhindert haben; vgl. H.-H. Paetzke in: FAZ v. 26. 6. 1981, S. 10.

⁸⁾ In deutscher Übersetzung abgedruckt u. a. in: Ost-Probleme 1966, S. 711 f.

⁹⁾ Vgl. E. O. Stillman, Ideology of the Revolution, in: I. Kovács (Hrsg.), Facts about Hungary, 2. Aufl., New York 1966, S. 86 ff.

beralen Freiheitsrechten, freien Wahlen und einem Mehrparteiensystem im Vordergrund. Diese Forderungen wurden, wenn auch teilweise widerwillig, auch von „Nationalkommunisten“ um I. Nagy akzeptiert, die damit in Kauf nahmen, bei freien Wahlen in die Minderheit zu geraten. Am 30. Oktober wurde die Gründung politischer Parteien zugelassen und die kommunistische Einparteieregierung in eine Koalitionsregierung umgebildet.

Die Forderungen wirtschaftlicher Natur bezogen sich auf die Beseitigung der stalinistischen Zentralverwaltungswirtschaft und die Einführung der privaten Unternehmerfreiheit in Landwirtschaft und Kleingewerbe. Damit sollte die genossenschaftliche Organisation der Landwirtschaft nicht prinzipiell beseitigt, sondern auf eine freiwillige Grundlage gestellt werden. Allerdings zeigte die Entwicklung, daß die praktischen Unterschiede nicht allzu groß gewesen wären, da in den wenigen Tagen der Revolution über die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von selbst zerfielen. Von einer Reprivatisierung der großen und mittleren Industriebe-

triebe war keine Rede, und es blieb unklar, inwiefern die zur Unterstützung des Volksaufstandes spontan entstandenen Arbeiterräte in einem künftigen Wirtschaftssystem Träger einer Arbeiterselbstverwaltung nach jugoslawischem Muster werden sollten¹⁰⁾. Die erreichten sozialen Errungenschaften — bescheiden genug waren sie ja — sollten jedenfalls nicht angetastet werden.

Aus diesen Einzelforderungen sind gewisse Konturen einer künftigen Gesellschaftsordnung erkennbar. Es wäre aber falsch, im nachhinein ein in sich geschlossenes „ungarisches Modell“ konstruieren zu wollen. Dies würde der Wirklichkeit schon deshalb Gewalt antun, weil die Zeit vom 23. Oktober bis zum 4. November viel zu kurz war, um ein programmatisches Gesellschaftskonzept entwickeln zu können, und weil über die künftige Gesellschaftsform eine demokratisch gewählte, aus mehreren Parteien zusammengesetzte und folglich in pluralistischer Auseinandersetzung diskutierende Volksvertretung entscheiden sollte.

III. Das „Kádár-Modell“ der Gegenwart

Mit der blutigen Niederwerfung der Revolution wurde die kommunistische Herrschaft von sowjetischen Truppen wiederhergestellt. Die von den Sowjets eingesetzte Partei- und Staatsführung unter János Kádár¹¹⁾ betrachtete es als ihre vordringlichste Aufgabe, ihre Macht gewaltsam zu sichern und zu konsolidieren sowie die Erfolge der Revolution zu liquidieren. Die Wende zu einer neuen Politik wurde 1962 vollzogen; ihre Grundzüge wurden auf dem VIII. Parteitag der reorganisierten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei¹²⁾ verbindlich formuliert.

Das seither entstandene „Kádár-Modell“ zeichnet sich ganz allgemein durch eine vergleichsweise liberale Innenpolitik aus, die durch das unanfechtbare Führungsmonopol der Partei und die Befolgung der außenpolitischen Generallinie der Sowjetunion abgesichert wird. Die kommunistische Herrschaft soll in erster Linie nicht durch Gewaltmaßnahmen, sondern durch Konzessionen an die Bevölkerung auf der Basis des Ausspruchs von Kádár „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“¹³⁾ gesichert werden.

Konfrontiert man die gegenwärtigen Verhältnisse in Ungarn mit den Bestrebungen des un-

garischen Volkes vor 25 Jahren, so ergibt sich folgendes Bild:

1. Nationale Unabhängigkeit

Von einer nationalen Unabhängigkeit im Sinne der Freiheitskämpfer von 1956 kann keine Rede sein. Auf ungarischem Boden befinden sich vier sowjetische Divisionen; eine Rechtsgrundlage dafür ist durch den Truppenstationierungsvertrag vom 27. Mai 1957 geschaffen worden. Zwar ist in diesem Vertrag nur von einer „vorübergehenden“ Stationierung die Rede, doch nichts deutet darauf hin, daß nach sowjetischer Zeitrechnung schon ein

¹⁰⁾ Zu diesem Problem vgl. H. Arendt, Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958, S. 29 ff.; O. Anweiler, Die Räte in der ungarischen Revolution 1956, Osteuropa 1958, S. 393 ff.; E. Király, Die Arbeiterselbstverwaltung in Ungarn, München 1961.

¹¹⁾ Zu seiner Person vgl. P. Ignatus, János Kádár — Hungary's Quisling Redeemed, in: R. Swearingen (Hrsg.), Leaders of the Communist World, New York 1971, S. 317 ff.

¹²⁾ Unlängst ist hierzu eine umfassende Monographie der Parteigeschichte erschienen: B. Kovrig, Communism in Hungary, Stanford/Cal. 1979.

¹³⁾ Népszabadság v. 10. 12. 1961.

Vierteljahrhundert die Kriterien einer Übergangsperiode erfüllt. Die Zugehörigkeit Ungarns zum sowjetischen Hegemonialbereich und namentlich zum Warschauer Pakt steht außer Frage. Die ungarische Armee ist im August 1968, wenn auch widerstrebend, in die Tschechoslowakei einmarschiert, und man macht sich in Ungarn keine Illusionen darüber, daß sie es heute in Polen gegebenenfalls wieder tun müßte.

Stellt man an die nationale Unabhängigkeit bescheidenere Anforderungen, indem man sich mit einem gewissen Maß an innen- und außenpolitischer Handlungsfreiheit begnügt, so muß die Bilanz positiver ausfallen. Wie noch zu zeigen sein wird, genießt Ungarn im Rahmen der Breschnew-Doktrin (insb. Einparteidiktatur als politisches Strukturprinzip, Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als Systemideologie) eine beträchtliche innenpolitische Autonomie. Auf dem Gebiete der Außenpolitik sind die Grenzen wesentlich enger gezogen, doch auch hier ist es gelungen, gute Beziehungen zum Westen zu entwickeln, und Kádár hat es immer wieder versucht, in kritischen Angelegenheiten des Weltkommunismus (Eurokommunismus) und des Sowjetblocks (Tschechoslowakei 1968, Polen seit 1980) einen mäßigen Einfluß auszuüben.

2. Politische Reformen

Unter Kádárs Führung ist eine Reihe politischer Reformmaßnahmen eingeleitet worden, die an die Forderungen von 1956 freilich bei weitem nicht herankommen, aber den Ungarn von heute doch persönliche Freiheitsräume und politische Partizipationsmöglichkeiten zusichern, die im sowjetischen Hegemonialbereich keine Parallele finden — wenn man von der offenen Lage in Polen absieht. Eine umfassende Analyse dieser Reformen ist an dieser Stelle nicht möglich¹⁴⁾. Es seien nur unter den großen Stichworten „Ausbau der Rechtsstaatlichkeit“ und „Demokratisierung des politi-

¹⁴⁾ Ein vollständiges Bild kann sich der Leser anhand der problemorientierten, aber etwas veralteten Monographie von W. F. Robinson, *The Pattern of Reform in Hungary*, New York 1973, und der systematischen (d. h. nach der Almond'schen Funktional-systematik aufgebauten), die das Auffinden der jeweils interessierenden Sachbereiche nicht gerade erleichtert) Darstellung von P. A. Toma — I. Volgyes, *Politics in Hungary*, San Francisco 1977, machen. Es sei auch auf meinen im Druck befindlichen größeren Aufsatz „Die Verfassungsentwicklung in Ungarn seit der Verfassungsrevision von 1972“ hingewiesen, der in Bd. 30 des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts erscheinen wird.

schen Lebens“ die wichtigsten Gesichtspunkte gestreift.

Voraussetzung für eine rechtsstaatliche Entwicklung war der Abbau der terroristischen Herrschaftsmethoden, der mit der Entmachtung des Staatssicherheitsdienstes und seiner Eingliederung in den allgemeinen Polizeiparaparat des Innenministeriums begann, durch die Generalamnestie vom März 1963, die die Vergeltungsperiode beendete, einen mächtigen Auftrieb erfuhr und sich über eine Liberalisierung des Strafrechts und der politischen Strafpraxis bis zum heutigen Tage mit geringen Schwankungen fortsetzt. Es wurden zahlreiche Rechtsreformen durchgeführt, unter denen in unserem Zusammenhang vor allem die Justizreform von 1972/73 und die praktische Eliminierung der gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit 1975 erwähnt zu werden verdienen¹⁵⁾.

Die für kommunistische Regime typische politisch-soziale Diskriminierung ist weitgehend beseitigt worden, was konkret insbesondere bedeutet, daß auch Nicht-Parteimitglieder relativ große Karrieremöglichkeiten offenstehen und die soziale Abstammung seit 1963 kein Auslesekriterium mehr bei der Zulassung zum Hochschulstudium ist. Was der ungarische Durchschnittsbürger aber am meisten schätzt, das sind die sog. „kleinen Freiheiten“: dem privaten Wohlstandsstreben sind recht großzügige Grenzen gesetzt (dies hat allerdings im Dienstleistungsbereich inzwischen zu einer Korruption beträchtlichen Ausmaßes geführt, die freilich weniger erfreulich ist); der Alltag ist weitgehend entideologisiert worden, womit eine ansehnliche Meinungsäußerungsfreiheit und ein Rückgang propagandistischer Belästigungen korrespondieren. Die Grenzen zum Westen sind in beiden Richtungen geöffnet worden, was z. B. bedeutet, daß ungarische Staatsbürger grundsätzlich alle zwei bis drei Jahre eine Westreise unternehmen dürfen und die im westlichen Ausland lebenden ungarischen Emigranten ihre Heimat, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ungehindert besuchen können.

In der Sphäre politischer Partizipation ist der Gedanke eines Mehrparteiensystems und freier Wahlen natürlich niemals erwogen worden, aber die Partei handhabt ihr unbestreitbares Führungsmonopol recht zurückhaltend und die staatliche Organisation, die auf die

¹⁵⁾ Zu den Einzelheiten vgl. G. Brunner, *Rechtsprechung und Richterrecht in Ungarn*, Osteurop. Recht 1980, S. 1 ff.

Weise insgesamt an Bedeutung gewonnen hat, ist in mancher Hinsicht „demokratisiert“ worden. Drei Reformmaßnahmen seien besonders genannt: Die Wahlrechtsreformen von 1966 und 1970 haben es bewirkt, daß bei Parlaments- wie Kommunalwahlen in einigen Wahlkreisen zwei Kandidaten nominiert werden, wobei die zweite Nominierung zum Teil nicht auf die Patriotische Volksfront, die die Wahlen im Parteiauftrag organisiert, sondern auf Wählerversammlungen zurückzuführen ist. Die Anzahl der Mehrfachkandidaturen ist allerdings bescheiden und zudem rückläufig, aber gelegentlich hat der Wähler, wenn auch keine politische, so doch eine echte personelle Alternative ¹⁶⁾. Verschiedene Parlamentsreformen haben zu einer Belebung der parlamentarischen Aktivitäten geführt. Dies äußert sich namentlich in einer lebendigeren Interpellationspraxis, die in Angelegenheiten der Leistungsverwaltung durchaus kritische Akzente aufweisen kann, in einem Bedeutungszuwachs der Ausschüsse und in einer gewissen Verbesserung des legislatorischen Mißverhältnisses, das zwischen den wenigen parlamentarischen Gesetzen und den zahlreichen Gesetzesverordnungen des Präsidialrats als eines Ersatzparlaments besteht. Schließlich ist 1971 eine Reform der örtlichen Verwaltung durchgeführt worden, die neben organisatorischen und technischen Verbesserungen auch eine nennenswerte Dezentralisierung zur Folge hatte. Im Ergebnis der Funktionalreform hat sich das Volumen der örtlichen Verwaltungsangelegenheiten verdoppelt.

3. Wirtschaftsreformen

Auf ökonomischem Gebiet waren die Vorstellungen von 1956 am wenigsten greifbar. Immerhin wurde eine radikale Abkehr von der stalinistischen Zentralverwaltungswirtschaft gefordert, und insofern muß man feststellen, daß Kádár diese Forderung sich zu eigen gemacht hat. Mit Wirkung vom 1. Januar 1968 — in der Landwirtschaft schon ab 1966 — ist eine „Neuer Wirtschaftsmechanismus“ genannte Wirtschaftsreform eingeführt worden, die bei

allen Mängeln und zwischenzeitlichen Rückschlägen wesentlich radikaler und erfolgreicher war als die zaghafteren Reformbemühungen in allen anderen osteuropäischen Ländern ¹⁷⁾. In der neuen Ordnung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ ist die traditionell imperative durch eine indikative Zentralplanung abgelöst worden. Die Betriebe planen ihre Tätigkeit grundsätzlich selbst und verfügen über ihr Vermögen grundsätzlich selbstständig. Die in den zentralen staatlichen Volkswirtschaftsplänen festgelegten Ziele sollen mit indirekten Mitteln der staatlichen Wirtschaftspolitik erreicht werden, indem die Betriebe durch Einsatz eines Lenkungsinstrumentariums „ökonomischer Regulatoren“ und unter Nutzbarmachung der Marktkräfte zu einem plangerechten Wirtschaften veranlaßt werden. Die zuständigen Branchenministerien üben lediglich eine Aufsicht über die Betriebe aus und sind zu operativen Eingriffen nur ausnahmsweise berechtigt, namentlich dann, wenn Aufgaben der Landesverteidigung, internationale Vertragsverpflichtungen oder die Überwindung von Versorgungsschwierigkeiten dies dringend erfordern.

Parallel zu den Reformen im staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftssektor sind der Privatinitiative in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und bei Dienstleistungen wachsende Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt worden. Dank dieser Reformen hat Ungarn die weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der siebziger Jahre relativ gut überstanden. Die Zukunftsperspektiven werden zwar auch offiziell nicht rosig eingeschätzt, aber es ist damit zu rechnen, daß — anders als in den übrigen Ostblockländern — auch künftig keine ernsthaften Versorgungsprobleme auftreten werden und das erreichte Niveau eines bescheidenen Wohlstandes gehalten werden kann.

Auf dem Gebiete der Betriebsverfassung sind die Veränderungen weit bescheidener ausge-

¹⁷⁾ Vgl. hierzu E. Schmidt-Papp, Die ökonomische Reformbewegung in Ungarn und der „Neue Wirtschaftsmechanismus“, in: K. C. Thalheim — H.-H. Höhmann (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 188 ff.; Th. Vajna, Die Reform der ungarischen Wirtschaftspolitik, Diss. Köln 1969; B. Balassa, Der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ in Ungarn, in: H.-H. Höhmann — M. C. Kaser — K. C. Thalheim (Hrsg.), Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel, Freiburg 1972, Bd. I, S. 181 ff.; D. Granick, The Hungarian Economic Reform, Bloomington/Ind. 1972; E. Antal, Grundlagen und reformpolitische Einordnung des ungarischen Wirtschaftsystems, Berlin 1978.

¹⁶⁾ Bei den Parlamentswahlen haben sich die Mehrfachkandidaturen folgendermaßen entwickelt:

März 1967	9 Mehrfachkandidaturen bei 349 Wahlkreisen	= 2,5 %
April 1971	49 Mehrfachkandidaturen bei 352 Wahlkreisen	= 13,9 %
Juni 1975	34 Mehrfachkandidaturen bei 352 Wahlkreisen	= 9,6 %
Juni 1980	15 Mehrfachkandidaturen bei 352 Wahlkreisen	= 4,3 %

fallen. Die während der Revolution entstandenen Arbeiterräte sind noch im Laufe des Jahres 1957 sukzessive und endgültig liquidiert worden. Die beherrschende Figur im Betrieb ist nach wie vor der vom Staat eingesetzte Direktor, und von einer substantiellen Mitbestimmung der Belegschaft kann nicht ernsthaft die Rede sein. Immerhin haben die Gewerkschaften seit der Wirtschaftsreform ein

größeres Eigengewicht erhalten, und in einem gewissen Umfang betätigen sie sich heute tatsächlich als Interessenvertretungen der Arbeitnehmer. Gerade in jüngster Zeit wird viel von einer Weiterentwicklung der „Betriebsdemokratie“ gesprochen, und es sind auch einige Schritte zur Demokratisierung der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation unternommen worden ¹⁸⁾.

IV. Bilanz und Ausblick

Von den Forderungen der ungarischen Revolution von 1956 sind in den vergangenen 25 Jahren nur sehr wenige und jedenfalls nicht die vordringlichsten in Erfüllung gegangen. Trotzdem kann sich Ungarn einer Sonderstellung im sowjetischen Hegemonialbereich erfreuen, die u. a. auch als eine späte Frucht des Volksaufstandes angesehen werden kann. Es gibt mehr Freiheiten, größeren Wohlstand, weniger Reglementierungen und ideologische Belästigungen als in den „Bruderländern“ gemeinhin üblich. Die Ungarn könnten also mit ihrem Schicksal im großen und ganzen zufrieden sein. Sind sie es auch?

Die Verzweiflung über das 1956 vergeblich erbrachte Blutopfer und die unterbliebene westliche Hilfe sowie die bittere Erkenntnis der Unmöglichkeit, am kommunistischen Herrschaftssystem und an der Zugehörigkeit zum sowjetischen Hegemonialbereich auf absehbare Zeit etwas zu ändern, bewirkten zunächst eine Resignation, die allmählich einem politischen Desinteresse und dem privaten Wohlstandsstreben gewichen ist. Diese Tendenz ist durch das von Kádár angebotene und von der Bevölkerung angenommene „Stillhalteabkommen“ gefördert worden. Da ein politisches Engagement nicht unbedingt verlangt wird und ein Rückzug ins rein Private möglich ist, haben sich die meisten Ungarn mit den Verhältnissen arrangiert. Das politische System wird passiv hingenommen, eine nennenswerte Dissidentenbewegung gibt es nicht, und der ursprünglich als Verräter verachtete Kádár genießt sogar eine gewisse Popularität, da er zu Recht als Garant der „kleinen Freiheiten“ angesehen wird. Es hat sich eine Konsummenta-

lität ausgebreitet, die der westlichen nicht unähnlich ist. Man weiß, was man hat, und man möchte das Erreichte nicht gefährdet sehen. Aus diesem Grunde blickt man bei allen historisch gewachsenen Sympathien mit einer gewissen Beklemmung und Ängstlichkeit auf Polen, da man sich sehr wohl bewußt ist, daß einen Teil der polnischen Zeche Ungarn bezahlen muß und daß sich dieser Anteil wesentlich vergrößern würde, sollte es zu einer militärischen Intervention kommen.

Abstrahiert man von den Gewitterwolken der Gegenwart, so ist der Himmel in Ungarn im allgemeinen heiter bis sonnig mit gelegentlichen Schauern. Trotzdem kann nicht behauptet werden, daß die Ungarn das freundliche Wetter aus vollem Herzen genießen und mit ihrem Schicksal zufrieden sind. Alle relevanten sozialen Indikatoren sprechen dagegen (hohe Selbstmord- und Scheidungsrate, niedrige Geburtenrate, verbreiteter Alkoholismus usw. ¹⁹⁾), und von vielen gesellschaftskritischen Kunst- und Literaturwerken geht eine Stimmung der Traurigkeit und Aussichtslosigkeit aus. Die ängstlich gehütete Gegenwart scheint wohl erträglich, die Zukunft jedoch verloren zu sein.

¹⁸⁾ Vgl. zu diesem Komplex Th. Vajna, Mitbestimmung im „Neuen ökonomischen Mechanismus“ Ungarns, in: H.-H. Höhmann (Hrsg.), Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und der VR China, Stuttgart 1980, S. 101 ff.; K. Sitzler, Die ungarischen Gewerkschaften, Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 1980, S. 288 ff.; 1981, S. 3 ff.

¹⁹⁾ Allerdings muß einschränkend bemerkt werden, daß diese Indikatoren auch vor 1945 schlechter waren als der gesamteuropäische Durchschnitt und offenbar etwas mit der ungarischen Mentalität zu tun haben.

Eine neue Moral für Deutschland?

Die Bewegung für Moralische Aufrüstung und ihre Bedeutung beim Wiederaufbau 1947—1952

I. Die Anfänge der Bewegung

Eine ausreichende Gesamtdarstellung der Moralischen Aufrüstung (Moral Re-Armanent, abgekürzt MRA), sei es vom historischen, theologischen oder soziologischen Standpunkt aus, fehlt bisher. Auch folgender Beitrag kann nur einen Teilaspekt behandeln, ohne die gesamte Entwicklung zu erfassen und den Anspruch einer abschließenden Wertung erheben zu können¹⁾.

Gegründet wurde die Bewegung 1938 von Frank N. D. Buchman (geboren am 4. Juni 1878 in Pennsburg, Pennsylvania, gestorben am 7. August 1961 in Freudenstadt), dessen Vorfahren um 1750 aus dem Schweizer Kanton St. Gallen nach Amerika ausgewandert waren. Im Anschluß an sein Studium war Buchman zunächst als evangelisch-lutherischer Pfarrer vorwiegend im sozialen und karitativen Bereich tätig; so gründete er 1904 in Philadelphia das erste lutherische Jugendheim in den USA. Von Differenzen mit seinen Vorgesetzten zermüht, verlagerte Buchman nach mehreren großen Reisen das Schwergewicht seiner Arbeit nach Europa, insbesondere nach Großbritannien. 1921 entstand unter seiner Initiative die sogenannte Oxford-Gruppenbewegung. Deren Ziel war es, aus christlichem Geist heraus einen sittlichen Wandel der Menschen zu erreichen²⁾. Bald zählte die Bewegung Tausende von Anhängern. Ihr Wirkungsbereich dehnte sich zunehmend auch auf andere europäische, aber auch außereuropäische Länder aus.

Angesichts der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Radikalisierung des politischen Lebens gründete Frank Buchman 1938 die Moralische Aufrüstung. Auf einer Vortragsveranstaltung in der East Ham Town Hall in London am 29. Mai 1938 rief Buchman seinen Zuhörern zu: „Forget all about Frank Buchman and that one day he had a quiet time and now you have a movement in fifty-two countries. Britain and the world must re-arm morally.“³⁾ Bei Buchmans Bewegung handelte es sich nun nicht länger nur um eine Art Erweckungsbewegung, „revivalist movement“⁴⁾, sondern jetzt wollte Buchman mit seiner MRA auch Einfluß nehmen auf das aktuelle politische Geschehen. Als sozial-ethische Bewegung mit christlicher, allerdings gänzlich undogmatischer Orientierung sucht die MRA durch sittliche Änderung (change) des einzelnen den politischen und sozialen Frieden in der Welt herbeizuführen. Im Geiste des Christentums sollen die Gefahren des Atheismus, des Materialismus und vor allem des Kommunismus überwunden werden. Dazu bedarf es (nach den Methoden der Erweckungsbewegung) der Selbsterneuerung des einzelnen im Sinne der vier moralischen Grundsätze: absolute Ehrlichkeit, absolute Reinheit, absolute Selbstlosigkeit und absolute Nächstenliebe.

In einer täglichen Besinnung (quiet time) sollen göttliche Weisungen erlangt werden, die anschließend in einer Gruppe (team) ausgetauscht werden. Durch öffentliche Bekenntnisse soll die Ideologie der MRA verbreitet werden⁵⁾.

¹⁾ Zur ersten Einführung kann der kurze Abriß „Die Bewegung für Moralische Aufrüstung“ von Karl Cornides dienen, in: Europa-Archiv, 5. Jg. (2), Frankfurt/M. 1950, S. 3223—3226. Erwähnenswert sind auch die Darstellungen von Peter Howard, Welt im Aufbau, Bonn 1951; Tom Driberg, The mystery of Moral Rearmament. A study of Frank Buchman and his movement, London 1964; Theophil Spoerri, Dynamik aus der Stille. Die Aktualität Frank Buchmans, Luzern 1971, sowie Robert C. Mowat, Ruin and Resurgence, London 1966, und ders., Creating the European Community, London 1973.

²⁾ Vgl. Driberg, a. a. O., S. 49ff.

³⁾ Driberg, a. a. O., S. 120.

⁴⁾ Vgl. ebd.

⁵⁾ Siehe hierzu den Aufsatz von P. Anselm Weithaas O. F. M., Die Moralische Aufrüstung. Eine religiöse oder ethische Erneuerungsbewegung?, in: Begegnung. Korrespondenz für Kultur und Geistesleben Nr. 19, vom 1. 10. 1955, S. 300—302, und Nr. 20, vom 15. 10. 1955, S. 315—318.

Buchmans Verhältnis zum Nationalsozialismus ist noch nicht völlig geklärt⁶⁾. Von einigen Seiten des Nationalsozialismus war Buchman anfangs durchaus angetan, so von allen Bemühungen, die die Erneuerung des nationalen Verantwortungsbewußtseins und der „Sittlichkeit“ anstrebten⁷⁾. Außerordentlich umstritten ist nach wie vor Buchmans Begegnung mit einzelnen herausragenden Persönlichkeiten des Hitler-Regimes wie beispielsweise mit Himmler⁸⁾. Während besonders die Anhänger und Freunde Buchmans Verhalten als Bekehrungsversuch werten⁹⁾, wird anderweitig der Einwand erhoben, Buchman habe anfangs eine

durchaus positive Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen, vor allem im Hinblick auf dessen Kampf gegen den Kommunismus¹⁰⁾.

Unbestritten ist jedoch die zunehmende Behinderung der Bewegung (Telefonüberwachung, Reiseverbote u. a.) durch den Sicherheitsdienst. Schon 1934 hatte die Gestapo Material gegen die Gruppe zusammengetragen um es einige Jahre später zu verwenden¹¹⁾. Buchman rückte im Verlauf der politischen Entwicklung in Deutschland ganz vom Nationalsozialismus ab. Die Kriegsjahre verlebte er in den Vereinigten Staaten.

II. Initiativen im Nachkriegsdeutschland

Nachdem Buchman während des Krieges seine Arbeit in den USA weitergeführt hatte, richtete sich nach 1945 seine Aufmerksamkeit wieder ganz auf Europa, in erster Linie auf Deutschland. Die Hauptziele der MRA waren nach dem Kriege:

1. Verkündung einer christlich fundierten Ideologie in der allgemeinen Desillusionierung dieser Zeit;
2. Abbau der Klassenunterschiede und der Aggressivität zwischen Unternehmern und Gewerkschaftlern wie Arbeitern durch Änderung des einzelnen und gemeinsame Gespräche;
3. Versöhnung Deutschlands mit seinen Kriegsgegnern;
4. Westeuropäische Zusammenarbeit und Integration Deutschlands¹²⁾.

Dabei ging die MRA von der Auffassung aus, Zusammenbruch und Chaos der vergangenen Jahre seien entstanden, weil bei der Führung des Staates der göttliche Wille nicht berück-

sichtigt wurde. Eine Gesundung sei nur möglich, wenn auch in Politik und Gesellschaft ethische Maßstäbe dem Handeln zugrunde gelegt werden und die Führung Gottes wirksam werden kann. Nur in einer solchen „inspirierten Demokratie“ könne die Idee der Demokratie dem Menschen nützlich werden¹³⁾.

Auf den verschiedensten Wegen suchte die MRA ihre Gedanken zu verbreiten. Eine Besonderheit dabei waren die Aufführungen der Schauspielgruppe. Mit ihren Theaterstücken „Der gute Weg“ (The good Road) und „Der vergessene Faktor“ (The Forgotten Factor) zogen sie ab 1948 von Stadt zu Stadt¹⁴⁾. So gastierten sie 1948 mit ihrem Stück „Der gute Weg“ auf Einladung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold im Düsseldorfer Opernhaus. Bei der Begrüßung Frank Buchmans und seiner Mannschaft am 19. Oktober 1948 erklärte der damalige Minister für Ernährung und Landwirtschaft in Nordrhein-West-

⁶⁾ Siehe Jens Holger Schjørring, *Moralische Aufrüstung und westeuropäische Politik bis 1954*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte*, Bd. 87 (1976), Heft 1, S. 65—100, zur genannten Fragestellung bes. S. 70f. und 77f.

⁷⁾ Hierzu Driberg, a. a. O., S. 64f.

⁸⁾ Dazu liefert die Himmler-Literatur allerdings keine Hinweise. In der Nachkriegszeit wurden Buchman seine Kontakte mit einigen Nazi-Größen verschiedentlich zum Vorwurf gemacht. Besonders heftig war die Kritik im Neuen Vorwärts, z. B. *Neuer Vorwärts* vom 31. 10. 1948.

⁹⁾ Verschiedene Mitarbeiter Buchmans, die an den Nürnberger Parteitag teilgenommen hatten glaubten sogar, SA-Leute bekehren zu können. Hier hatte allerdings Buchman eingegriffen mit der Warnung: „Make no mistake. This is not the Christian Revolution.“ Zit. bei Schjørring, S. 73.

¹⁰⁾ Vgl. auch Driberg, a. a. O., S. 67f.

¹¹⁾ Näheres bei Howard, a. a. O., S. 23, Schjørring, a. a. O., S. 76f., und Heinz Boberach (Hrsg.), *Bericht des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1933—44*, Mainz 1971, S. 92f.

¹²⁾ Nach Schjørring, a. a. O., S. 82.

¹³⁾ Siehe hierzu Hans Peters, *Problematik der deutschen Demokratie*, Zürich 1948, S. 23f., 68, 76f.

¹⁴⁾ Hierzu Howard, a. a. O., S. 30/31.

falen, Dr. Heinrich Lübke: „Wir freuen uns, daß Sie — trotz allem, was in den vergangenen Jahren geschah — der schwer ringenden Bevölkerung an Rhein und Ruhr die Botschaft des Friedens und der Liebe aus der übrigen Welt bringen wollen ...; denn wir brauchen für unsere Arbeit Ihre Hilfe ... Hier ist der Existenzkampf besonders hart und scharf, und wir wissen, daß eine wirkliche Demokratie als Lebensform nicht gedeihen kann, wenn auf wirtschaftlichem Gebiete der Kampf aller gegen alle tobt ... Wir haben die Tyrannei bei uns in reiner Form kennengelernt und sehnen uns nach einer Regierung, die sich von Gott führen läßt, nach einer ‚inspirierten Demokratie.‘“¹⁵⁾

Auch der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler, Vorsitzender des DGB der britischen Zone, zeigte der MRA gegenüber wohlwollende Unterstützung, wenn auch gepaart mit einiger Skepsis: „Sie kennen mich als den Mann, den Sie noch gewinnen müssen und der alle Achtung hat vor dem Tun, das Sie beseelt, der freilich durch mehr als 50jährige Tätigkeit als Gewerkschaftsmann im Leben so viel abgeschliffen wurde und das Leben von seiner rauheren Seite kennengelernt hat, nicht zu prophezeien wagt, daß Ihr unabsehbarer Idealismus Sie ans Ziel bringen wird ... Und eines vergessen Sie vor allem nicht, nicht gutes Leben allein und Predigten, und seien sie der höchste Idealismus, bessern die Menschen. Die Menschen in ihrer großen Masse sind doch allermeist Produkte der Verhältnisse, in

denen sie leben, Produkte der Umgebung und Erziehung ... Gutes Leben und gute wirtschaftliche und politische Verhältnisse, sie machen aus den Menschen unserer Tage vielleicht einmal Menschen, wie Sie sie in Ihrem Idealismus wünschen und die Sie zu formen beabsichtigen ... Wir sind nicht nur einig im Wollen und stehen uns hier ganz nahe, nein, wir sind vor allen Dingen auch einig in der Art, wie wir die Unvollkommenheit der Menschen betrachten und zu überwinden trachten.“¹⁶⁾

Neben Theateraufführungen und lokalen Kundgebungen waren jedoch die sogenannten Weltkonferenzen von erheblich größerer Bedeutung. 1946 hatte Frank Buchman in Caux am Genfer See ein ehemaliges Luxushotel erwerben können, das seit Jahren leerstand¹⁷⁾. Finanziert wurde dieses Projekt wie auch die Konferenzen — die Kosten für die Konferenz 1949 betragen ca. zwei Millionen Schweizer Franken — zu einem großen Teil durch private, aber auch staatliche Spenden. So spendeten Frankreich und Schweden Bestecke für Tausende Personen. Stahlarbeiter aus Sheffield stifteten 80 Kaffee- und Teekannen und Unternehmer des Ruhrgebiets sandten 200 Tonnen Kohle nach Caux. Hinzu kamen besondere Fiskalrechte wie die Befreiung von Bundessteuern, die der 1946 gegründeten Stiftung für Moralische Aufrüstung gewährt wurden¹⁸⁾. In Caux fanden ab 1947 jährliche Konferenzen statt, an denen Gäste vieler Nationen teilnahmen.

III. Einflußnahme auf Politik und Wirtschaft

Die Frage, inwieweit die Arbeit der MRA konkrete Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland hatte, soll im folgenden näher untersucht werden¹⁹⁾. Angesichts der wirtschaftlichen Not in-

folge der Kriegseinwirkungen und der von den Alliierten geforderten und durchgeführ-

¹⁵⁾ Aus Unterlagen des Archivs der MRA in Caux, Schweiz. Der Mitarbeiter der MRA, Herr Pierre Spoerri, war so entgegenkommend, mir die Akten des Archivs zugänglich zu machen, wofür ich ihm zu großem Dank verpflichtet bin, zumal das Material m. W. zu wissenschaftlichen Zwecken bisher nicht herangezogen werden konnte. Da das Material nicht geordnet ist, können die herangezogenen Unterlagen nur ohne Signatur zitiert werden („MRA-Archiv, Caux“). Die Annahme Schjørrings (Schjørring, a. a. O., S. 83, Anmerkung 40), der keinen Zugang erhielt und annimmt, das Archivmaterial bestehe lediglich aus Zeitungsausschnitten und Kopien von bereits gedrucktem Material, trifft nicht zu, da besonders für die Arbeit der MRA in Deutschland nach 1947 recht gute Unterlagen vorliegen.

¹⁶⁾ Ausführungen Böcklers im Kreise geladener Gewerkschafter nach der Aufführung des Dramas „Der vergessene Faktor“ in Duisburg am 19. Januar 1949, MRA-Archiv, Caux. Vgl. dazu die bei Frank Buchman wiedergegebene Äußerung Böcklers: Frank Buchman, Für eine neue Welt, Caux 1961, S. 219, abgedruckt bei Schjørring, a. a. O., S. 90.

¹⁷⁾ Siehe Spoerri, a. a. O., S. 178 f.

¹⁸⁾ Ebd., S. 179. Zur Frage der Kosten und der Finanzierung der Bewegung siehe auch Driberg, a. a. O., S. 139 ff., Schjørring, a. a. O., S. 91, und: Caux, Bericht über die Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung 1949, Caux 1949, S. 235 ff.

¹⁹⁾ Zur Schwierigkeit einer Beurteilung, insbesondere im Hinblick auf die vielfach aufgestellte Behauptung, die die Bedeutung der MRA beim Zustandekommen des Schumanplans beinhaltet, siehe Schjørring, a. a. O., S. 82 f. Allerdings ist zu beachten, daß Schjørring keinen Zugang zum Archiv der MRA in Caux hatte; siehe dazu Anmerkung 15.

ten Demontagen in der Industrie stand natürlich das Ruhrgebiet als industrielles Zentrum Deutschlands im Mittelpunkt des Interesses. Für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen war dort der geeignete Ausgangspunkt. „The rise of democratic Socialism naturally attracted the attention of a movement whose tactic had always been to capture key men everywhere; so, particularly since the war, there has been a determined attempt by MRA to infiltrate into the Labour and Trade Union movements of the West.“²⁰) Bevor allerdings Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, aber auch Unternehmer und Politiker von der MRA erreicht werden konnten, waren durch den Besatzungszustand verursachte Schwierigkeiten zu überwinden, so vor allem die Reisebeschränkungen. Erst nach der Intervention Buchmans bei dem amerikanischen Militärgouverneur General Lucius D. Clay 1947 erhielten führende deutsche Persönlichkeiten in größerer Zahl eine Reiseerlaubnis²¹). Für seine Unterstützung der MRA gab General Clay folgende Begründung: „I just have a directive from Washington lying on my desk, saying 'What is your programme for filling the ideological vacuum. What is your positive answer?' Gentlemen, it seems to me that you have come at the right time with the right answer.“²²)

Die Konferenzen in Caux boten den Deutschen erstmals Gelegenheit, gleichberechtigt in einer verständnisbereiten Umgebung mit Vertretern anderer Nationen zusammenzutreffen und die aktuellen Probleme zu diskutieren. So äußerte sich denn auch Friedrich Glum, von 1946 bis 1952 Ministerialdirigent in der Bayerischen Staatskanzlei und selbst Gast in Caux, über die Bedeutung der MRA: „Man kann über Caux denken, wie man will, diese Zusammenkünfte sind politisch, so scheint mir, außerordentlich nützlich gewesen. Denn

hier wurden Persönlichkeiten aus der Politik, der Journalistik, der Wirtschaft, der geistigen Welt ... zusammengebracht.“²³)

In einer Zeit des politischen Umbruchs und wirtschaftlicher wie sozialer Not war es nicht schwer, die Menschen für die Ideen der MRA zu gewinnen. Neben der Idee der nationalen Verständigung glaubte Buchman vor allem auch die Konflikte in der Wirtschaft beseitigen zu können, wenn bei Kapital und Arbeit Verständigungsbereitschaft geweckt werde: „Nur ein neuer Geist in Menschen kann einen neuen Geist in die Wirtschaft bringen. Die Wirtschaft kann zum Vorkämpfer einer neuen Ordnung werden, in welcher der Dienst am Volk an die Stelle der Selbstsucht tritt und in welcher die Wirtschaftsplanung auf der Führung Gottes aufgebaut ist. Wenn Arbeiterschaft, Direktion und Kapital Partner unter Gottes Führung werden, dann wird die Wirtschaft ihren eigentlichen Platz im Leben des Volkes finden.“²⁴)

So fand denn auch im Rahmen der Weltkonferenz 1948 (vom 15. Juli bis 3. Oktober), an der rd. 5 000 Vertreter aus 44 Staaten teilnahmen, eine erste Sondertagung für die Industrie statt²⁵). Thema war die Auswirkung der Moralischen Aufrüstung im Kohlebergbau. Vertreter der Unternehmer, der Bergarbeitergewerkschaften und der staatlichen Kohlenämter aus den Industriezentren Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens beschäftigten sich mit den Ideen der MRA. Auch in den folgenden Jahren gab es anlässlich der Weltkonferenzen besondere Tagungen für die Industrie. Eine der wichtigsten fand 1950 statt. Auf Anregung führender Persönlichkeiten aus Industrie und Gewerkschaften wurde die Weltkonferenz 1950 am 16. Juni mit einer zehntätigen Industriekonferenz eröffnet²⁶). Zu den 53 Mitgliedern des Komitees für die Sonderkonferenz gehörten auch neun Deutsche, unter ihnen Otto Springorum, Ge-

²⁰) Driberg, a. a. O., S. 120/121: „Der Aufstieg des demokratischen Sozialismus erregte natürlich die Aufmerksamkeit einer Bewegung, deren Taktik es schon immer gewesen war, überall die Schlüsselfiguren zu beeinflussen. Speziell nach dem Krieg unternahm die MRA erhebliche Anstrengungen, die westlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen zu infiltrieren.“

²¹) Vgl. Spoerri, a. a. O., S. 183, Howard, a. a. O., S. 28/29.

²²) Aufzeichnung im MRA-Archiv, London, nach Schjørring, a. a. O., S. 85: „Ich habe eine Anfrage aus Washington auf meinem Schreibtisch, die lautet: 'Was ist Ihre Zielvorstellung, wie das ideologische Vakuum zu füllen sei? Welche positive Antwort haben Sie? Meine Herren, mir scheint, Sie sind zur richtigen Zeit mit der richtigen Antwort gekommen.'“

²³) Friedrich Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erdachtes und Erlebtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 632.

²⁴) Frank Buchman, Für eine neue Welt, Caux 1961, S. 78.

²⁵) Vgl. Caux. Bericht über die Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung 1948, Caux 1948, S. 13f.

²⁶) Siehe hierzu Caux Informationsdienst Nr. 1 vom 17. 6. 1950 (Sonderserie), Caux. Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung 1950. Sonderserie des Caux Informationsdienstes zur Weltkonferenz 1950, Caux 1950, sowie Die Arbeiterschaft der Welt und Caux. Reden und Erklärungen von Gewerkschaftlern und Sozialisten anlässlich der Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung in Caux, Schweiz, Düsseldorf 1950.

neraldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Hans Bilstein, Vorsitzender des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände Deutschlands, Friedrich Springorum, Direktor der Mannesmannröhrenwerke, Hüttenwerk Huckingen, und Ernst Scharnowsky, erster Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation von Groß-Berlin.

Das besondere Bemühen der MRA richtete sich auf die Änderung der kommunistischen Gewerkschafter und Arbeiter. Auf keiner Tagung fehlte der Bericht von ehemaligen Kommunisten, die ihre „Bekehrung“ durch die MRA schilderten. So heißt es im Bericht über die Sonderkonferenz für die Industrie 1952, die sich insbesondere mit dem Schumanplan und der Mitbestimmungsfrage beschäftigte: „Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Zechen Rheinpreußen ... Max Bladeck, war führendes Mitglied der KPD im Ruhrgebiet. Er berichtete, daß die Kommunistische Partei jede Gelegenheit ausgenutzt hatte, um Einfluß auf die Industrie des Ruhrgebietes zu gewinnen ... Max Bladeck hat der Kommunistischen Partei 26 Jahre angehört. Als er im Jahre 1948 der Moralischen Aufrüstung begegnete, erklärte er: ‚Die Moralische Aufrüstung kann die Synthese zwischen den beiden festgefahrenen Welten des Kommunismus und des Kapitalismus sein.‘ Nach seiner Rückkehr aus Caux im Jahre 1949 wurde Bladeck mit mehreren seiner Parteigenossen aus der Partei ausgeschlossen ... Über das neue Betriebsverfassungsgesetz²⁷⁾ sagte Bladeck: ‚In der Rheinpreußen Zeche hatten wir es zum Teil schon vorher eingeführt. ... ‚Als ich noch Kommunist war‘, fuhr Bladeck fort, ‚waren von 14 Betriebsräten 9 Kommunisten. Heute sind 5 Leute der Moralischen Aufrüstung und nur noch ein Kommunist im Betriebsrat.‘ Seitdem ist der Prozentsatz der Kommunisten in den Betriebsräten der Ruhr-Kohlengruben von 72 % auf 25 % gesunken. Hubert Stein, ein Mitglied des Hauptvorstandes der I. G. Bergbau, schreibt das Verdienst an dieser Entwicklung der Moralischen Aufrüstung zu. Bladeck berichtet, daß 300 Betriebsratsmitglieder, die in Caux in der Moralischen Aufrüstung geschult worden waren, einen von den Kommunisten

geplanten Generalstreik im März vorigen Jahres verhindern konnten. Sie erklärten sich sehr heftig gegen einen solchen Streik, weil er zwar mit einer wirtschaftlichen Frage heute beginne, aber morgen zu einem politischen Streik werden kann, der das Ende der Demokratie herbeiführen könnte. ‚Die Moralische Aufrüstung bedeutet für uns die Entscheidung zwischen Leben und Tod,‘ fuhr Bladeck fort, ‚ich kämpfe mit allem, was ich habe, für die Moralische Aufrüstung, denn sie geht weiter und tiefer als der Kommunismus und ist gegen niemand, aber für Änderung in jedermann.‘²⁸⁾

Ähnliche Berichte gab es auch von Unternehmerseite. Ebenfalls auf der Sonderkonferenz 1952 erklärte der Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Hans Dütting, der nach seinem Aufenthalt in Caux im Jahre 1949 die Ideen der MRA in seinem Betrieb eingeführt hatte: „Wir begannen, unser Geschäft und unseren Betrieb so zu führen, daß wir auch nicht das Geringste mehr zu verbergen hatten. Das führte dazu, daß wir unsere Arbeitervertretern ganz von selbst immer mehr Aufschlüsse gaben. Der Erfolg war ein außerordentliches Wachsen des gegenseitigen Vertrauens zwischen Arbeiterschaft und Betriebsführung.

Ich habe monatlich eine besondere Sitzung mit allen Betriebsratsvorsitzenden, etwa 25 Mann zusammen. In der Zusammenarbeit mit diesen Männern herrscht wirklich absolute Ehrlichkeit. Jede Seite weiß, daß keiner in diesem Gremium eine Unwahrheit sagt.

Auf dieser Grundlage arbeiten wir nun weiter. Selbstverständlich hat die Anwendung der vier moralischen Grundsätze durch die Betriebsführung auch ihre materiellen Folgen. Wenn wir auf diese Weise zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum gute Verhältnisse schaffen, brauchen wir für die Zukunft nichts zu befürchten. Darüber hinaus würde das Vertrauen natürlich auch von einem Land zum anderen übergreifen. Und das ist die weitere Aufgabe, die wir als Unternehmer haben.“²⁹⁾

²⁸⁾ Vgl. Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung. Sonderkonferenzen für die Industrie. 13. 9. bis 6. 10. 1952, Caux 1952, S. 15/16.

²⁹⁾ Ebd., S. 14.

²⁷⁾ BetrVG vom 11. 10. 1952.

IV. Die Konferenzen in Caux

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Zahl der deutschen Teilnehmer an den Konferenzen in Caux, aufgegliedert nach Bundesländern³⁰⁾:

Deutsche Teilnehmer bei Konferenzen der MRA in Caux
in den Jahren 1948 bis 1952³¹⁾

		1948	1949	1950	1951	1952
Baden-Württemberg	absolut	88	279	138	170	147
	%	21,3	20,5	12,4	18,1	22,3
Bayern	absolut	110	228	93	93	70
	%	26,2	16,7	8,4	9,9	10,6
Berlin	absolut	22	53	23	45	38
	%	5,3	3,9	2,1	4,8	5,8
Bremen	absolut	—	17	13	5	14
	%		1,2	1,2	0,5	2,1
Hamburg	absolut	13	44	61	52	37
	%	3,1	3,2	5,5	5,5	5,6
Hessen	absolut	20	74	55	47	14
	%	4,8	5,4	5,0	5,0	2,1
Niedersachsen	absolut	35	54	103	46	78
	%	8,5	3,9	9,3	4,9	11,8
Nordrhein-Westfalen	absolut	118	555	590	460	240
	%	28,5	40,7	53,1	48,9	36,4
Rheinland-Pfalz	absolut	5	38	16	14	12
	%	1,2	2,8	1,4	1,5	1,8
Schleswig-Holstein	absolut	3	22	19	9	10
	%	0,7	1,6	1,7	1,0	1,5
Summe	absolut	414	1364	1111	941	660
	%	100	100	100	100	100

Bemerkenswert zahlreich war Nordrhein-Westfalen vertreten. Waren 1948 die Anteile der nordrhein-westfälischen und der bayerischen Teilnehmer mit 28,5% bzw. 26,6% fast gleich hoch, so kamen 1950 mehr als die Hälfte aller Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen. Es ist anzunehmen, daß hierbei vorrangig das Ruhrgebiet von Bedeutung war. Entsprechend der Taktik der MRA, zur Verbreitung ihrer Ideen zunächst Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen zu gewinnen, verwundert es nicht, daß man besonders dem Ruhrgebiet als dem industriellen Zentrum Deutschlands besondere Wichtigkeit zumaß. Hinzu kam, daß Bonn 1949 Bundeshauptstadt und politisches Zentrum Deutschlands wurde, was das Interesse der MRA an einer Arbeit in Nordrhein-Westfalen noch weiter verstärkte.

Insgesamt wurde die höchste deutsche Teilnahme im Jahre 1949 erreicht. Bei 414 deutschen Gästen im Vorjahre hatte sich 1949 deren Zahl mehr als verdreifacht. Dies hängt zusammen mit den Restriktionen, denen die Deutschen durch die Besatzungsmächte nach 1945 unterworfen waren. Hatten 1947 und auch noch 1948 vor allem die Reisebeschrän-

³⁰⁾ Für diese Tabelle wurden die internen Teilnehmerverzeichnisse der MRA ausgewertet, die sich im MRA-Archiv, Caux, befinden. Die Listen enthalten in der Regel folgende Angaben: Vor- und Zuname, Anschrift, Beruf, gelegentlich Parteizugehörigkeit. Da die Listen der Jahre 1947 und 1948 teilweise ungenau und unvollständig sind, wurde auf deren Auswertung verzichtet, zumal in diesen beiden Jahren die deutsche Teilnahme noch recht gering war.

³¹⁾ Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Summe aller deutschen Teilnehmer des jeweiligen Jahres.

kungen viele Personen an der Teilnahme gehindert, so waren mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 solche Schwierigkeiten weitgehend ausgeräumt. Um so erstaunlicher ist dann jedoch auf den ersten Blick der langsame, aber kontinuierliche Rückgang der deutschen Teilnehmerzahl. Für das Jahr 1952 ist nur knapp die Hälfte (660) der Teilnehmer des Jahres 1949 (1364) verzeichnet. In den Folgejahren, die hier nicht näher untersucht werden, ging der Anteil der Deutschen noch weiter zurück. Mit der zunehmenden Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verlor die MRA in Deutschland an Bedeutung. Die Vermutung liegt nahe, daß nicht zuletzt die Möglichkeit, das Elend des Nachkriegsdeutschlands für wenige Wochen mit der in jeder Hinsicht angenehmen Atmosphäre in Caux zu tauschen, ein wesentliches Moment für die Anziehungskraft der Bewegung darstellte. Dennoch erschöpft sich nicht allein darin die Bedeutung der MRA für den deutschen Wiederaufbau. Ihre ideellen und daraus resultierenden praktischen Erfolge sind durchaus nicht zu verkennen, wie im folgenden näher dargestellt werden soll.

Eine Rolle bei der sinkenden Bedeutung der MRA spielten auch die Angriffe gegen die Bewegung, die sich etwa ab 1950 von verschiedenen Seiten aus verstärkten. Besonders bei der katholischen Kirche hatte die starke Beteiligung christdemokratischer Politiker und der CDU nahestehender Persönlichkeiten an den Tagungen der MRA Argwohn geweckt. Schon 1948 hatte Konrad Adenauer an der Konferenz in Caux teilgenommen³²⁾. Später beauftragte er den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Bausch, die Bundesregierung bei Tagungen der MRA zu vertreten. Anlässlich der Weltversammlung der MRA vom 1. bis 12. Juni 1951 schrieb der Bundeskanzler an Buchman: „Ich wünsche der Weltversammlung aufrichtig und herzlich einen starken und nachhaltigen Erfolg, denn ich bin mit Ihnen der Überzeugung, daß die äußeren Beziehungen der Menschen und Völker zueinander erst dann ganz gefestigt sein können, wenn eine innere Bereitschaft dazu vorhanden ist. Die ‚Moralische Aufrüstung‘ hat sich in dieser Hinsicht große und bleibende Verdienste erworben. Das deutsche Volk erkennt dankbar die Hilfe an, die

ihm aus dem Wirken der ‚Moralischen Aufrüstung‘ zugeflossen ist. Die ‚Moralischen Aufrüstung‘ hat bald nach Beendigung des Krieges dem deutschen Volk die Hand gereicht und ihm geholfen, wieder mit den anderen Völkern in Verbindung zu treten. Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat sich die ‚Moralische Aufrüstung‘ eifrig um das Zustandekommen guter Beziehungen zwischen den Sozialpartnern bemüht. In der letzten Zeit ist es nach manchen schwierigen Verhandlungen möglich gewesen, bedeutsame internationale Abmachungen zu treffen³³⁾; ich glaube, daß auch hierbei der Geist der ‚Moralischen Aufrüstung‘ unsichtbar, aber wirksam dazu beigetragen hat, bei den Verhandlungsteilnehmern das Gegensätzliche zu überbrücken und in der Suche nach dem gemeinsamen Guten den friedlichen Zwecken zu dienen, auf die alles menschliche Streben gerichtet sein sollte...“³⁴⁾

Zwar erkannten die beiden großen christlichen Kirchen das Bemühen der MRA grundsätzlich an, nahmen aber teilweise erheblichen Anstoß an der Nichtbeachtung der dogmatischen Grundsätze des Glaubens. Nachdem u. a. der Kölner Kardinal Frings zu Pfingsten 1950 scharfe Kritik an der MRA geübt hatte, erfolgte im Juli 1951 eine erste offizielle Stellungnahme der katholischen Kirche, die im März 1955 wiederholt wurde. Darin wurde zwar kein Verbot für die Teilnahme von Katholiken an der MRA ausgesprochen, aber vor möglichen Unklarheiten gewarnt. Eine Teilnahme von Priestern und Ordensleuten war nur mit besonderer Genehmigung möglich. Führende Stellen in der MRA durften auch von Laien nicht übernommen werden³⁵⁾.

Kritik an der MRA wurde auch seitens der Sozialdemokratie geübt. Während sich Kurt Schumacher kritisch-neutral verhielt, stand besonders Fritz Heine, Pressechef der SPD und Herausgeber des Neuen Vorwärts, Frank Buchman und seiner Bewegung gänzlich ab-

³³⁾ Diese Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf die Montanunion. Am 18. April 1951 war in Paris der Vertrag über die Gründung der Montanunion unterzeichnet worden, der am 23. 7. 1952 in Kraft treten sollte. Damit war die Beendigung des geltenden Ruhrstatuts am 19. 10. 1951 verbunden.

³⁴⁾ Schreiben Konrad Adenauers an Frank Buchman vom 28. Mai 1951; Library of Congress, Washington, Collections of the Manuscript Division.

³⁵⁾ Monita der Suprema Sacra Congregatio S. Officii; vgl. Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Aufl. Zum Verhältnis der MRA zur evangelischen Kirche siehe Schjørring, a. a. O., S. 98.

³²⁾ In einem Schreiben vom 22. 9. 1948 an Frank Buchman dankt Adenauer für den Aufenthalt in Caux und äußert sich positiv zu Buchmans Werk; Nachlaß Adenauer, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, 07.04.

lehnend gegenüber. Zwar wurde von der Parteiführung keine offizielle Stellungnahme abgegeben in bezug auf die Teilnahme von Parteimitgliedern an MRA-Veranstaltungen, aber man empfahl dennoch indirekt ein kritisch-distanziertes Verhalten.

Bemerkenswert ist auch die Haltung der Presse. Hatten anfangs die positiven Stimmen überwogen, die die MRA priesen als die internationale Organisation, die als erste wieder mit den Deutschen als gleichberechtigten Partnern das versöhnende Gespräch suchte, so

mehrten sich später die kritischen Äußerungen³⁶⁾.

Trotz dieser teilweise scharfen Anfeindungen konnte die MRA bei ihren Konferenzen in Caux eine überraschend hohe Zahl führender Persönlichkeiten — Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer, Journalisten — zu ihren Gästen zählen³⁷⁾.

Die hervorragende Bedeutung Nordrhein-Westfalens wurde zum Anlaß genommen, die nordrhein-westfälischen Teilnehmer gesondert auf ihre Berufe hin zu untersuchen³⁸⁾:

Die Berufsgliederung der nordrhein-westfälischen Teilnehmer bei den Konferenzen der MRA 1949 bis 1952³⁹⁾

		1949	1950	1951	1952
Politiker ⁴⁰⁾	absolut	17	5	5	—
	%	5,2	1,4	1,6	
Höhere Kommunal- und Ministerialbeamte	absolut	11	10	4	3
	%	3,4	2,8	1,3	1,7
Arbeiter	absolut	—	36	24	19
	%		9,9	7,5	10,5
Gewerkschafter	absolut	27	3	7	2
	%	8,3	0,8	2,2	1,1
Betriebsräte	absolut	81	53	62	20
	%	24,9	14,6	19,5	11,0
Presse, Publizistik	absolut	11	3	7	1
	%	3,4	0,8	2,2	0,5
Unternehmer ⁴¹⁾	absolut	59	68	34	12
	%	18,2	18,8	10,7	6,6
Studenten	absolut	44	36	68	46
	%	13,5	9,9	21,4	25,4
Sonstige Berufe	absolut	75	148	107	78
	%	23,1	40,9	33,6 ¹	43,1
zusammen	absolut	325	362	318	181
	%	100	100	100	100
Frauen, Kinder, Personen ohne Berufsangabe	absolut	230	228	142	59
	absolut	555	590	460	240

³⁶⁾ Erwähnenswert ist hier ein besonders kritischer Artikel im Spiegel vom 13.10. 1954.

³⁷⁾ Einige der bedeutendsten Teilnehmer werden nachfolgend genannt. Die nach den jeweiligen Namen in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen das entsprechende Teilnahmejahr. Bei der Angabe des Berufes wurde in der Regel nur der Stand zum Zeitpunkt der Teilnahme an der Konferenz berücksichtigt.

Konrad Adenauer, Fraktionsvorsitzender der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag, Präsident des

Parlamentarischen Rates, ab 1949 Bundeskanzler (1949).

Rudolf Amelunxen, MdL (Zentrum), nordrhein-westfälischer Sozialminister (1948).

Josef Arndgen, MdL (CDU), hessischer Arbeitsminister, seit 1949 CDU-MdB (1949).

Karl Arnold, MdL (CDU), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident (1948).

Paul Bausch, MdL Württemberg-Baden (CDU), ab 1949 CDU-MdB (1948, 1949, 1950, 1951, 1952).

Ludwig Bergsträsser, MdL Hessen (SPD), hessischer

Die Übersicht macht deutlich, wie sehr sich die MRA um den Unternehmensbereich bemühte. 1949 waren von den Konferenzteilnehmern aus Nordrhein-Westfalen dieser Gruppe 43,1% der Teilnehmer zuzurechnen, darunter 18,2% Unternehmer und 24,9% Betriebsräte. Wie zahlreiche Zeugnisse belegen, hat nicht zuletzt die MRA dazu beigetragen, Unternehmer- und Betriebsvertreter bzw. Gewerkschafter an einen Tisch zu bringen und durch inten-

sives Bemühen zum sozialen Frieden beizutragen. Bis 1951 und vor allem 1952 sanken die Werte für Betriebsräte und Unternehmer ab; dafür stieg der Anteil der Studenten von 1949 bis 1952 fast um das Doppelte. Unter den Studenten waren vielfach Vertreter studentischer Organisationen, auch studentischer Presse, die geeignete Vermittler der Ideen Frank Buchmans und seiner Bewegung zu sein schienen.

V. Einsatz im Ruhrgebiet

Vertieft wurden die Bemühungen der MRA durch die Arbeit sogenannter Teams von MRA-Mitarbeitern in den einzelnen Regionen. So waren in den Jahren 1948 bis 1952 verschiedentlich MRA-Teams auch im Ruhrgebiet tätig. Neben den bereits erwähnten Theateraufführungen fanden vor allem auch Versammlungen und Kundgebungen statt. Auf einer Pfingstkundgebung am 28. Mai 1950 in Gelsenkirchen, an der rund 12500 Personen teilnahmen, stand auch der Konflikt zwischen

Kapital und Arbeit im Betrieb zur Debatte. Hierzu erklärte der Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG., Bergassessor Hans Dütting:

„Wir haben versucht, in Betrieb und Büro, bei Verhandlungen und Diskussionen die Grundsätze der Moralischen Aufrüstung anzuwenden. Das erste Ergebnis war eine erstaunliche Besserung der Zusammenarbeit mit unseren nächsten Mitarbeitern.“

Regierungspräsident, Mitglied des Parlamentarischen Rates, ab 1949 SPD-MdB (1949),
 Hans Böckler, Vorsitzender des DGB (1949),
 Heinrich Böx, stellvertretender Bundespressechef (1949),
 Gerd Bucorius, Mitherausgeber „Die Zeit“, Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, CDU-MdB (1949),
 Anton Dichtel, MdL Baden (CDU), Landesvorsitzender der CDU Südbadens, Vorstandsmitglied der CDU (1948),
 Hans Ehardt, bayerischer Ministerpräsident, Landesvorsitzender der CSU (1948),
 Eugen Gerstenmaier, CDU-MdB (1952),
 Josef Gockeln, Bürgermeister von Düsseldorf, Präsident des nordrhein-westfälischen Landtages, CDU-MdB (1949),
 August Halbfell, MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), nordrhein-westfälischer Arbeitsminister (1948),
 Heinrich Hellwege, Vorsitzender der DP, Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates (1951, 1952),
 Fritz Henßler, Oberbürgermeister von Dortmund, Vorsitzender der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag (1948),
 Wilhelm Hoegner, Generalstaatsanwalt, MdL Bayern (SPD), 1946—47 bayerischer Justiz-, ab 1950 bayerischer Innenminister (1948, 1949),
 Hermann Höpker-Aschoff, ehemaliger preuss. Staatsminister für Finanzen, FDP-MdB, erster Präsident des Bundesverfassungsgerichtes (1949),
 Erich Köhler, Präsident des Frankfurter Wirtschaftsrates, CDU-MdB (1948),
 Hinrich Kopf, MdL Hannover (SPD), niedersächsischer Ministerpräsident (1948),
 Heinrich Kost, Generaldirektor der Rheinpreußen

AG. und der Deutschen Kohlenbergauleitung (1951),
 Hans Lukaschek, Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe, Bundesvertriebenenminister (CDU) (1948, 1951),
 Walter Menzel, MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), nordrhein-westfälischer Innenminister, Vorstandsmitglied der SPD, SPD-MdB (1949),
 Hermann Pünder, Oberdirektor des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, CDU-MdB (1949, 1950),
 Walter Raymond, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (1951),
 Elisabeth Selbert, Rechtsanwältin, Vorstandsmitglied der SPD, MdL Hessen (SPD) (1949),
 Johannes Semler, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, CDU-MdB (1952),
 Otto Springorum, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG (1949),
 Anton Storch, CDU-MdB, Bundesarbeitsminister (1950),
 Eberhard Wildermuth, Wirtschaftsminister in Württemberg-Hohenzollern (DVP), ab 1949 Bundeswohnungsbauminister (FDP) (1948),
 Hermann Winkhaus, Direktor der Mannesmannröhrenwerke (1949).
³⁹⁾ Es werden nur die Berufe einzeln aufgeführt, die von besonderer Bedeutung sind; die übrigen sind zusammengefaßt in der Spalte „Sonstige Berufe“.
⁴⁰⁾ Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller Personen mit Berufsangabe des jeweiligen Jahres, d. h. Summe abzüglich der Frauen, Kinder und Personen ohne Berufsangabe.
⁴¹⁾ Minister, Abgeordnete, Bürgermeister, Parteifunktionäre.
⁴²⁾ Direktoren, leitende Angestellte, leitende Verbandsfunktionäre.

Dann begannen wir, unsere Arbeitervvertreter über unsere Pläne zur Verwirklichung dieser Ideologie zu unterrichten. Zuerst fanden wir Mißtrauen und abwartende Haltung. Als dann aber wirklich eine gewisse Änderung im Verhalten des Unternehmers festzustellen war, wuchs das Interesse an der Moralischen Aufrüstung und gleichzeitig das Vertrauen zum Unternehmer. Vielleicht gab ich selbst den stärksten Anstoß zu Änderung des beiderseitigen Verhaltens, als ich offen über eine Fehlentscheidung von mir in personellen Dingen sprach und sie mit Hilfe der Betriebsräte wieder in Ordnung brachte.

Wir finden uns mehr und mehr auf der Basis der gleichen Ideologie, und daher haben wir auch keine Sorge vor der Auswirkung des erwarteten Mitbestimmungsgesetzes, denn wenn wir absolut ehrlich und selbstlos sind, kann die Mitbestimmung für uns kein Problem sein. Ein Unternehmer, der in seiner Arbeit die vier absoluten Grundforderungen wirklich anwendet, gibt seinen Arbeitern mehr, als irgendein Gesetz es verlangen kann. Wir sind sicher, auf diesem Weg wirklich bessere, befriedigendere Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, und zwar für den Arbeiter wie für den Unternehmer, im Privat- wie im Staatsunternehmen.

Aber das ist nicht die einzige Aufgabe des Unternehmers. Wir müssen darüber hinaus die Initiative ergreifen, daß diese Ideologie durch die ganze Welt geht und Einigkeit zwischen allen Völkern und Kontinenten schafft.⁴²⁾

Als Betriebsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. bestätigte Paul Dikus diese Ausführungen: „Vor einem Jahr, glaube ich, hätten wir uns beide für verrückt erklärt, wenn ich gesagt hätte, daß Assessor Dütting und ich hier in diesem Raum gemeinsam sprechen werden. Was ist denn die große Weltkrise, in der wir uns befinden? Doch nur eine Krise des Mißtrauens. Die Leute der Moralischen Aufrüstung sehen die Besserung der Verhältnisse von dem Gesichtspunkt aus: ‚Wenn ich mich ändere, dann ändern sich die Verhältnisse.‘ Im Betrieb ändern sich die Verhältnisse ganz wesentlich. Es braucht die Furcht um den Ausgang des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht gar nicht so groß zu sein⁴³⁾. Wenn wir, jeder an seiner Stelle, nach

den Grundsätzen der Moralischen Aufrüstung leben, dann haben wir eine Antwort gefunden auf den Haß, der vorläufig noch in der Welt lebt.“⁴⁴⁾

Auf den Einfluß Buchmans läßt sich — zumindest teilweise — auch das „Experiment“ zurückführen, das der Direktor der Duisburger Kupferhütte, Ernst Kuss, der 1949 an der Konferenz in Caux teilgenommen hatte und mit der MRA in gutem Kontakt stand, in seinem Betrieb durchführte. In der Duisburger Kupferhütte wurde die Gewinnbeteiligung eingeführt; der Vorsitzende des Betriebsrats saß als gleichberechtigtes Mitglied im Vorstand⁴⁵⁾. Kuss berief sich auf seine christliche Einstellung und sah in seinem Verhalten eine Möglichkeit, auch seine Arbeiter, unter denen etliche Kommunisten waren, zu „christianisieren“. Von seinem Erfolg beeindruckt war besonders Peter Wilhelm Haurand, Direktor der Metallfabrik Halver, der entscheidend am Zustandekommen des Entschlusses des Bochumer Katholikentages vom September 1949 zur Mitbestimmung mitgewirkt hatte⁴⁶⁾.

1950 ergebnislos abgebrochen. Im Zuge der sich zuspitzenden Lage kam es zu dem Sondergesetz für den Montanbereich vom 21. Mai 1951, das im Gegensatz zu dem Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 vom Grundsatz der Parität von Kapital und Arbeit ausgeht. Im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion schrieb W. K., einer der MRA-Mitarbeiter, am 24. 10. 1950 an Buchman: „At a time when the attitude of the Trade Unions towards Mitbestimmungsrecht is hardening, the influence of these Caux-trained trade unionists may produce an inspired course of action in the near future.“ („Zu einer Zeit, wo sich die Einstellung der Gewerkschaften zum Mitbestimmungsrecht verhärtet, kann der Einfluß der Caux-geschulten Gewerkschafter in naher Zukunft eine moralisch inspirierte Richtungsänderung schaffen.“) MRA-Archiv, Caux. Aus Gründen des Datenschutzes können nur die Initialen angegeben werden. Der vollständige Name ist dem Verfasser bekannt.

⁴²⁾ Unterlagen des MRA-Archivs, Caux. Siehe hierzu auch den Bericht Dikus' über die neue Betriebssituation auf der Weltkonferenz 1950, in: Caux, Weltkonferenz für moralische Aufrüstung 1950, S. 2.

⁴³⁾ Kuss stellte die sogenannten „8 Thesen zu einem Neuen Weg“ auf, die er zu Beginn der Mitbestimmungsdiskussion auch dem zuständigen Bundestagsausschuß für Arbeit zukommen ließ; Ernst Kuss an Anton Sabel (Ausschußvorsitzender) vom 21. 1. 1950, Parlaments-Archiv I 347, B, Bd. 2, 7. Ein Exemplar der von Ernst Kuss herausgegebenen Broschüre: Mitbestimmung und gerechter Lohn als Elemente einer Neuordnung der Wirtschaft, Duisburg 1950, befindet sich im Archiv der Mannesmann AG., M 21.551.

⁴⁴⁾ Haurand hat in den Jahren 1948, 1949 und 1950 an den Konferenzen in Caux teilgenommen und stand auch mit dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler in Kontakt. Zur Entstehung der Resolution des

⁴²⁾ Unterlagen des MRA-Archivs, Caux.

⁴³⁾ Seit 1950 beschäftigten sich Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerschaft mit der Ausarbeitung eines Mitbestimmungsgesetzes. Gespräche zwischen Gewerkschafts- und Unternehmervvertretern über das Mitbestimmungsrecht wurden im Juli

Im Ruhrgebiet führten Mitarbeiter der MRA Schulungskurse (training courses) für die Bergarbeiter durch. Wie sich dieses Bemühen konkret auswirkte, zeigt ein Bericht des MRA-Mitarbeiters S. C.⁴⁷⁾ an Frank Buchman:

"Tomorrow there will be a meeting in Gelsenkirchen of the fifty Betriebsräte from the Ruhr closest to us, a meeting summoned by Paul Dikus, chairman of the 250 000 miners in the Gelsenkirchen group. I had thought of sending news of this meeting as soon as it had taken place, but last night a small preparation meeting for it which was led by Paul Dikus, was so revolutionary that I just felt I had to send a few lines on it."⁴⁸⁾

S. C. schildert die Situation in der Zeche Nordstern, die innerhalb der Gelsenkirchener Bergwerks AG am stärksten von Kommunisten beherrscht sei. Von zwei kommunistischen Betriebsräten seien auch die Aktivitäten für einen erneuten Streik ausgegangen. C. berichtet, wie diese Gefahr gemeinsam von dem Betriebsratsvorsitzenden Paul Dikus und Hans Dütting, dem Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks AG., abgewehrt worden ist:

"As Dikus came in and sat down he said, 'Now we must see how Moral Re-Armament really works. Today I would have lost my temper but for the training these fellows have given me. It was a difficult situation when the strike committee came along and thumped the table. Af-

Katholikentages zur Mitbestimmung und der Mitwirkung Haurands siehe Herbert John Spiro, *The Politics of German Codetermination*, Cambridge 1958, S. 59. Die Resolution des Katholikentages ist abgedruckt bei Oswald von Nell-Breuning, *Mitbestimmung*, Landshut 1950, S. 73, sowie in: *Gerechtigkeit schafft Frieden*. Bericht über den 73. Deutschen Katholikentag 31. 8. bis 4. 9. 1949, Paderborn 1949, S. 213. Siehe dazu auch Franz Klüber, *Katholische Soziallehre und demokratischer Sozialismus*, Bonn 1979, bes. S. 102ff. Zur neueren Diskussion auch Anton Rauscher (Hrsg.), *Mitbestimmung. Referate und Diskussionen auf der Tagung katholischer Sozialwissenschaftler vom 17. bis 19. Februar 1968 in Mönchengladbach* (Veröffentlichungen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach), Köln 1968.

⁴⁸⁾ „Morgen werden sich in Gelsenkirchen die fünfzig Betriebsräte von der Ruhr treffen, die uns am nächsten stehen, eingeladen von Paul Dikus, dem Vorsitzenden der 250 000 Bergleute aus Gelsenkirchen. Eigentlich sollte ich Sie erst nach Beendigung des Treffens darüber informieren, aber letzte Nacht fand unter der Leitung von Paul Dikus eine kleine Vorbereitungsrunde statt, die so revolutionär war, daß ich Ihnen gleich darüber ein paar Zeilen schreiben möchte.“

⁴⁷⁾ Aus Gründen des Datenschutzes können hier wie im folgenden bei den engeren MRA-Mitarbeitern nur die Initialen angegeben werden. Die vollständigen Namen sind dem Verfasser bekannt.

ter I had spent time with them I had to go off to Essen to negotiate with the Central management of all the Gelsenkirchen Company. Then to see Dütting this afternoon.' At this point Paul, who has been a rather slow-moving, quiet-spoken fellow in his dealings with us hitherto, became tremendously roused, waved his arms with great emphasis and said, 'I say to you, this thing is revolution. A year ago I considered Dütting a damnable fellow. Now we are real colleagues in our work together. Every time we are together to negotiate is an enriching time in my life. Every worker is able to be on a level of equality now with Hans Dütting. Here there is no longer a spirit of Class-war — here we have an atomic power of reconciliation. I have always hated dogmatism and theorizing, but what Dütting has shown us in Moral Re-Armament is not theory, but theory and practice going hand in hand.'

He then went on to talk about a meeting recently where Dütting told the Works Councils members the full figures of the financial situation of the firm and took them completely into his confidence. That I repeat, was the meeting of my life. Dütting told us things we have always wanted to know. He laid all the cards on the table. It is something entirely new. And look at all the other things that are happening — all the houses that are being built, all the new social amenities for the workers. I tell you, it is a practical application of Moral Re-Armament."⁴⁹⁾

⁴⁹⁾ Schreiben S. C. an Frank Buchman vom 4. 11. 1950, MRA-Archiv, Caux: „Als Dikus hereinkam und sich setzte, sagte er: 'Jetzt müssen wir sehen, wie moralische Aufrüstung tatsächlich funktioniert. Heute wäre ich aus der Haut gefahren ohne die Schulung, die mir die Kameraden verpaßt haben. Es war eine knifflige Situation, als das Streikkomitee mit der Faust auf den Tisch schlug. Danach mußte ich nach Essen, um mit der Zentralverwaltung der Gelsenkirchener Gesellschaft zu verhandeln. Heute nachmittag habe ich dann Dütting getroffen.' An diesem Punkt erregte sich Paul, der uns bis dahin eher ruhig und bedächtig erschienen war, fuchtelte mit den Armen und betonte nachdrücklich: 'Ich sage Euch: das ist eine Revolution. Noch vor einem Jahr habe ich Dütting verdammt. Inzwischen sind wir bei unserer Arbeit wahre Kollegen. Jedes Treffen mit ihm bei Verhandlungen ist für mich ein persönlicher Gewinn. Nun kann jeder Arbeiter auf gleicher Ebene mit Hans Dütting leben. Der Geist des Klassenkampfes ist tot — bei uns lebt der Geist der Versöhnung. Ich habe schon immer Dogmatismus und Theoretisiererei gehaßt, aber was Dütting uns bei der Moralischen Aufrüstung gezeigt hat, ist die Verbindung von Theorie und Praxis.'

Er berichtete dann von einem Treffen Düttings mit dem Betriebsrat, wo er die gesamten Zahlen über die finanzielle Lage der Firma offenlegte und diesen völlig ins Vertrauen einbezogen hatte. 'Ich wieder-

In den meisten Fällen wohnten die MRA-Mitarbeiter in deutschen Familien. Führende Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter, aber auch Arbeiterfamilien boten ihre Gastfreundschaft an. Auch Veranstaltungen wurden häufig aus privaten Spenden finanziert. So bemühte sich der Verleger und CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Bucerius, für den Besuch der Schauspieltruppe und die Aufführung des Dramas „Der vergessene Faktor“ in Hamburg vom Hamburger Senat 10000 DM zu erhalten. Er selbst sagte eine Spende von 1000 DM zu⁴⁹⁾.

Neben den größeren Veranstaltungen gab es in weitem Umfang persönliche Kontakte, um bereits bestehende Verbindungen zu vertiefen und neue Freunde für die MRA zu gewinnen. Vorzugsweise bemühte man sich dabei um die Unterstützung einflußreicher Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen

Bereich. So berichtet S. C.: "The Minister of the Interior, Dr. Lehr, has continued his initiative ... Then, on Saturday, March 3, the Minister is giving a private luncheon in the Industrieklub in Düsseldorf, of which he is President, at which he expects four or five of the Federal Cabinet, half-a-dozen top industrialists, and 10—12 representatives of Moral Re-Armament."⁵⁰⁾ Und im Bericht des MRA-Mitarbeiters M. F. heißt es: "We are busy preparing the Landtagsmeeting. Katzenberger is hoping that Arnold will come. Springorum is coming and of course all our best spokesmen from the Ruhr. There is some chance that Böckler or Föcher may come. Sydney met Springorum and six other Barons yesterday. They were discussing how they could best contribute to our work ... They feel now that they would rather do it personally getting a large number of their friends to make regular contributions."⁵¹⁾

VI. Resümee

Die vorangegangenen Zeugnisse weisen einerseits auf die Popularität hin, die die MRA in den Nachkriegsjahren in Deutschland genoß. Andererseits deuten sie auch die Erfolge an, die sie insbesondere in der Wirtschaft erzielte.

Das Jahr 1952, das als Endpunkt dieser Untersuchung gewählt wurde, ist zwar nicht als das Ende der MRA-Tätigkeit in Deutschland zu betrachten, stellt aber dennoch einen gewissen Abschluß dar. Die politische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik hatte sich zunehmend konsolidiert. Zu nennen sind auf außenpolitischem Gebiet die erfolgreichen Bemühungen des Bundeskanzlers um Revidierung des Besatzungsstatuts bis zu seiner Suspendierung am 26. Mai 1952 und besonders der Vertrag über die Montanunion, der am 18. April 1951 unterzeichnet wurde. Innenpolitisch waren vor allem das Montanmitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951 und das La-

stenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 Meilensteine auf dem Weg zu wirtschaftlichem und sozialem Frieden. Zwar lassen sich in diesem Zusammenhang die Erfolge der MRA nicht anhand von Fakten aufzeigen, doch ist ihre geistige Mitwirkung bei der Schaffung einer Atmosphäre der Verständnis- und Gesprächsbereitschaft, gerichtet auf Interessenausgleich und politischen wie sozialen Frieden, sicherlich von Bedeutung gewesen. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold sieht dann auch die MRA als die geistige Bedingung, die erst ein inte-

⁵⁰⁾ Schreiben S. C. an Frank Buchman vom 25. 12. 1951, MRA-Archiv, Caux: „Der Innenminister Dr. Lehr hat seine Initiative weiterentwickelt ... Am 3. März gibt er einen privaten Empfang im Düsseldorfer Industrieklub, dessen Vorsitzender er ist. Eingeladen sind vier oder fünf Mitglieder der Regierung, eine halbes Dutzend Spitzenleute aus der Industrie und zehn bis zwölf Vertreter der Moralischen Aufrüstung.“

⁵¹⁾ Bericht M. F. aus Düsseldorf am 23. 11. 1949, MRA-Archiv, Caux: „Wir bereiten gerade das Landtagstreffen vor. Katzenberger hofft, daß Arnold kommen wird. Springorum und unsere besten Wortführer von der Ruhr kommen, vielleicht auch Böckler oder Föcher. Gestern traf sich Sydney mit Springorum und sechs anderen Ruhrbaronen. Sie überlegten sich, wie sie am besten zu unserem Werk beitragen könnten ... Sie hatten das Gefühl, daß sie am besten viele ihrer Freunde dazu gewinnen sollten, regelmäßig zu spenden.“

hole — das war die Begegnung meines Lebens. Dütting sagte uns das, was wir schon immer wissen wollten. Er legte alle Karten auf den Tisch. Das ist etwas vollkommen Neues. Und schaut euch an, was sonst noch alles passiert — all die Häuser, die gebaut werden, all die neuen sozialen Errungenschaften für die Arbeiter. Ich sage euch, das ist eine praktische Anwendung von Moralischer Aufrüstung.“

⁴⁹⁾ Schreiben S. C. an Frank Buchman vom 2. 12. 1949, MRA-Archiv, Caux.

griertes Europa ermögliche⁵²⁾. Auf die Bedeutung der MRA beim Schumanplan soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Denn beweisen läßt sich die häufig aufgestellte Behauptung eines Zusammenhangs zwischen der Entstehung des Schumanplans und der Person Frank Buchmans wohl schwerlich⁵³⁾. Zweifellos hat jedoch die MRA dazu beigetragen, ein gemeinsames europäisches Bewußtsein zu schaffen und die Gegensätze abzubauen. Das größte Verdienst hat sich die MRA aber wohl erworben, indem sie nach 1945, in einer Zeit des völligen Zusammenbruchs, Hilfe geboten hat bei der Suche nach einer neuen Identität zunächst auf persönlicher, aber auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Selbst wenn vermutlich einige der zahlreichen Gäste der MRA in Caux zunächst weniger aus ideellen Gründen an den Konferenzen teilgenommen haben, darf die Gesamtwirkung der Tätigkeit Buchmans und seiner Mitarbeiter nicht unterschätzt werden. Als erste haben nach dem Krieg Frank Buchman und seine Mitarbeiter die Deutschen als gleichberechtigte Gesprächspartner anerkannt und mit ihnen nach neuen Wegen ge-

⁵²⁾ Zu Arnolds Haltung siehe Karl Arnold, Deutsche Beiträge zur Verwirklichung der Europa-Idee, in: Politeia 1, Krefeld 1950, S. 23f. Rainer Barzel (Hrsg.), Karl Arnold. Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland, Bonn 1961, S. 169f., nach Schjørring, a. a. O., S. 94/95.

⁵³⁾ Näheres dazu bei Schjørring, a. a. O., S. 94ff.

sucht heraus aus dem Chaos dieser Zeit. Wenn die MRA auch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht auflösen konnte, so hat sie doch durch ihren intensiven Einsatz gerade in diesem Bereich ganz entscheidend zum Abbau von Vorurteilen und zum Ausgleich der sozialen Gegensätze beigetragen.

Ihre religiöse Offenheit, der Verzicht auf theologische Dogmen, ermöglichte es der MRA, einen weiten Personenkreis anzusprechen und für ihre Ideen empfänglich zu machen, trug aber gleichzeitig dazu bei, eine Kooperation mit den christlichen Kirchen zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Es ist anzunehmen, daß diese mangelnde Zusammenarbeit mit dazu beitrug, daß die MRA in den fünfziger Jahren an Einfluß verlor. Nachdem sich die Bewegung in den ersten Nachkriegsjahren konkret und gezielt um die Lösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme bemüht hatte, trat nach Erfüllung dieser Aufgabe ein Zustand der „Erstarrung“ ein, wie es Schjørring nennt, wobei sich auch die fehlende Kooperation mit den großen christlichen Kirchen auswirkte. Den Verdiensten der MRA in der Phase des Wiederaufbaus vermag dies jedoch keinen Abbruch zu tun. Mit ihrer gänzlich unkonventionellen Art, ihrer — wenn auch kurzfristigen — Popularität und ihrem Einfluß in Politik und Wirtschaft stellt die MRA jedenfalls eine bemerkenswerte Erscheinung der Nachkriegszeit dar.

„Viel Lärm um nichts“ – oder: Wie ist es um die Politische Bildung bestellt?

Verfolgt man gerade in den letzten Jahren das publizistische Geschehen um die Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, so gewinnt man den Eindruck von hohen Ansprüchen, Bedeutung, von schulpolitisch und schulpraktisch Gewichtigem.

Angesichts dieses Eindrucks, angesichts nicht zuletzt auch der vehement verfochtenen Streitigkeiten und des Höhenflugs einiger Mitdenker darf die Frage erlaubt sein, welche Realität alledem korrespondiert.

Damit es kein Mißverständnis gibt: „Realität“ meint hier in aller Trivialität und Banalität die Realsituation des Unterrichtsfaches oder der Unterrichtsfächer für die Politische Bildung, gleichviel, wie auch immer sie, von Land zu Land im Zeichen von Kulturföderalismus unterschiedlich etikettiert, heißen mögen.

Da gibt es einmal das „Spezialfach“ der Politischen Bildung unter Kennzeichnungen wie Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Weltkunde, Welt/Umwelt, Politik/Sozialkunde, Wirtschaft/Politik, Wirtschafts- und Rechtslehre. Da gibt es Integration oder Koordination nahelegende Etiketten wie Gesellschaftslehre (Geschichte, Erdkunde, Politik), Welt-/Umweltkunde (Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde).

Daneben treten alle jene Fachetikettierungen, die Ökonomisches als Lerninhalte-Akkumulation erkennen lassen, zum Beispiel Arbeitslehre, Polytechnik/Arbeitslehre und ähnliches. Es kann kein Zweifel bestehen: Alle diese Fächer, auch wenn sie unter so apolitisch scheidenden Etiketten angeboten werden wie „Arbeitslehre/Technisches Werken/Textilarbeit“ oder „Haushalts- und Wirtschaftskunde“, sind ebenso politisch wie autonomer Geschichts- und Erdkundeunterricht. Für sie gilt auf eine andere Weise als für alle anderen Fächer, daß einem jeden das Politische immanent ist. Dennoch wird sich kein Politikdidaktiker damit befreunden oder abfinden können, wenn ihm „von Amts wegen“ gesagt wird, in diesen Fächern finde in so großem Maße so intensiv Politische Bildung statt, daß auf ein eigenständiges Fach verzichtet werden könne oder daß

der Stundenanteil für dieses Fach, etwa im Verlauf der Sekundarstufe 1 — mehr oder minder erheblich — empfindlich gekürzt werden könne¹⁾.

„Arbeitslehre“ ist immer auch *Tun*, und dabei sollte es zumal für die Hauptschulen und die Hauptschüler auch bleiben, so sehr das curriculare Gebot der „Vertiefung“, der Herstellung von Zusammenhängen mit der industrialisierten Arbeitswelt und anderem zu begrüßen ist. Nur ein Teil der Unterrichtsstunden einer „modernen“ Arbeitslehre ist ex definitione Politische Bildung.

Und welcher Art *kann* das politisch Bildsame etwa sein, wenn makro- und mikroökonomisches Modelldenken in gehöriger Verdünnung den Schülern zugemutet wird? Welches politische Bewußtsein ist als „Nebeneffekt“ einer Haushaltskunde zu gewärtigen, die sich am Hausmütterchen, gar an den drei K der vormoderntischen Frauenrolle orientiert? Unpolitisch sind die Verhaltensweisen gewiß nicht, die durch *Tun* und durch Belehrung nahegelegt werden! Ob sie jedoch mit ein wenig Gewißheit solche Verhaltensweisen sind, die weibliche Bürger in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat unserer Tage qualifizieren?

Auch „Rechtslehre“ läßt sich derart apolitisch unterrichten, nämlich als eine Abfolge von „Einführungen in . . .“, daß die Schüler zwar wissen, daß es ein BGB, ein StGB und noch man-

¹⁾ Unter anderem ist für den Argumentationsstil in den Auseinandersetzungen um den Politischen Unterricht kennzeichnend, daß und wie mit einzelnen Denkfiguren der Politischen Didaktik je nach Absicht operiert wird. Einerseits wurde und wird mir vorgehalten, daß meine vor Jahrzehnten geprägte Rede von der „Austauschbarkeit der Lehrgüter“ reichsdidaktisch problematisch sei, andererseits wird diese Denkfigur überstrapaziert, um zu begründen, daß Fächer wie die im Kontext beispielsweise genannten die Politische Bildung „leisten“. Beides ist, so hingesagt, unsinnig: Im Politischen Unterricht geht es selbstverständlich nur um eine relative Austauschbarkeit der Inhalte, und durch Technisches Werken lernt niemand — es sei denn, dieses Fach würde lehrplanwidrig umfunktioniert in Politik-Unterricht — Gesellschaftsanalyse, um ein Beispiel für einen unverwechselbaren Lerninhalt des Politischen Unterrichts, hochgradig verallgemeinert, vorzustellen.

ches andere dicke Buch gibt, ohne daß ihnen bewußt würde, daß sie von Geburt an, weil von Natur aus, Grundrechtsträger sind. Was geschieht, wenn Rechtskunde als elementarisierte Propädeutik des geltenden positiven Rechts gelehrt wird, ist politisch bildungswirksam; aber wieder stellt sich die oben schon angedeutete Frage, welche Vorstellung vom Bürger gemeint ist.

Es wäre ungerecht, nicht auch Neuestes zu erwähnen: Innovationsfreudig, wie die Kultusminister der Länder unseres Bundesstaates nun einmal sind, steht den Schülern ein neues Fach ins Haus: „Ethik-Unterricht“ wird, vermutlich wiederum unter das föderalistische Prinzip charakterisierenden unterschiedlichen Bezeichnungen, die Palette jener Fächer ergänzen und erweitern, die Politische Bildung betreiben, deren Lehrern im besonderen der Voraufbau von Verhaltensweisen für den zukünftigen Staatsbürger anbefohlen ist.

Diese Skizze mag den Eindruck vermitteln, es sei alles wohlbestellt um die Handbietung durch die öffentliche Schule, um aus den Menschen der heutigen Schülergeneration zünftige Demokraten zu machen. Indes: der Eindruck trügt!

Legt man nämlich der Analyse von Politischer Bildung in unseren Schulen einmal nicht die Vielfalt von Etiketten oder theoretisch-didaktischer Ansätze zugrunde, sondern den Anteil des Fachs der Politischen Bildung im engeren Sinne am Gesamtdeputat von Fächern und Unterrichtsstunden, so kommt man zu — gelinde formuliert — erschreckenden Erkenntnissen. Einige Zahlenangaben können dies belegen:

Einer von der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“ erstellten Übersicht — Stand: Januar 1980 — kann zwar entnommen werden, daß für die Summierung von Schülerwochenstunden in den Hauptschulen von „Fachbereichen“ ausgegangen wird: Deutsch — Fremdsprachen — Mathematik — Naturwissenschaftliches Aufgabenfeld — Gesellschaftliches Aufgabenfeld (so steht es in dem hier herangezogenen Papier; dem Leser bleibt überlassen, die Abkürzung je nach Geschmack aufzulösen entweder in „gesellschaftswissenschaftliches“ oder in „gesellschaftliches“ Aufgabenfeld; ziemlich unsinnig sind beide Termini) — Musisches Aufgabenfeld — Sport — Religion — Arbeitslehre — Sonstiges — Wahlpflichtfächer — Arbeitsgemeinschaften. Dennoch wird daran festgehalten, von Ausnahmen abgesehen, Geschichts-, Erd- und Sozialkunde „autonom“ auszuweisen und mit höchst unterschiedlichen Stundendeputaten zu versehen.

Schauen wir uns das Bild im einzelnen an:

	Ge- sell- sch. Auf- gaben- feld	Erd- kunde	Ge- schichts- kunde	Sozial- kunde	Ar- beits- lehre
Baden- Württemberg	16	7	6	3	4
Bayern	18	7	8	3	5
Berlin	22	12 ³⁾	8		16
Bremen	20 ¹⁾		14		
Hamburg	16	7	6	(3)	6
Hessen	18	7	6	5	4
Niedersachsen	19	6 (7)	6	6	8
Nordrhein- Westfalen	17		17		8
Rheinland-Pfalz	17	8	6	3	11
Saarland	18	9	6	3	14
Schleswig- Holstein	11 ²⁾	8	7	4	

Hierbei handelt es sich um die Summe aller Schülerwochenstunden pro Fachbereich in den Klassenstufen 5—9 der Hauptschule. (1): einschließlich Arbeitslehre, (2) desgl.

Wir haben den Nachweis der Einzelfächer des legendären Aufgabenfeldes so danebengestellt, daß zumindest für die Hauptschule die Gewichtung der Lernangebote erkennbar wird; (3) bedeutet: davon 4 Stunden Weltkunde²⁾.

Daß diese Übersicht Rätsel und Rätselhaftes enthält, bemerkt jedermann auf den ersten Blick, der auch nur einigermaßen mit den Realitäten in diesem oder jenem Bundesland vertraut ist. Hierauf kann an dieser Stelle nicht detailliert eingegangen werden: cum grano salis gibt sie einen Überblick für die Hauptschulen in unserem Staat.

Die unübersehbare Vorliebe für Erdkunde läßt darauf schließen, daß es in unseren Hauptschulen zentral darum geht, künftige zünftige Seefahrer, Welteroberer oder, wenn schon dies alles nicht, vermutlich Wetterfrösche zu bilden. Die Benachteiligung von Sozialkunde

²⁾ Es muß eingestanden werden, daß die Übersicht für den „Laien“ nicht voll durchschaubar ist, so daß mit Einsprüchen aus diesem oder jenem Bundesland gerechnet werden darf. Es geht hier aber nicht um eine Wochenstunde mehr oder weniger, sondern um Qualitatives. Deshalb sei ergänzend angemerkt, daß Hauptschüler in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt 155 Schülerwochenstunden unterrichtet werden; der Anteil der Sozialkunde an diesem Stundendeputat liegt also zwischen knapp 2% aller Wochenstunden und 4%.

hingegen ist so eklatant, daß vermutet werden darf, unsere Kultusminister vertrauen den modernen, raffinierten Instrumenten zur Herstellung von Massenloyalität mehr als dem Vehikel Schule; wer erwartet, daß bei einer derartigen Disqualifizierung der Politischen Bildung „mündige Staatsbürger“ als Ergebnis vorgezeigt werden könnten; aber auch: wer der Schule, dem Politik-Unterricht politische Apathie, Werteverfall und anderes, aber ähnliches in die Schuhe schiebt, macht es sich zu bequem, indem er — oder sie — Ursache und Wirkung vertauschen. Und wer annimmt, daß die, wie auch immer in ihrer Wissenschaftshaltigkeit zu qualifizierenden Empfehlungen der Kultusministerkonferenz, etwa zum Thema „Die Deutsche Frage“ oder „Europa“, mehr als Makulatur sind oder jemals werden könnten, kennt die Schule nicht.

Machen wir es doch einmal konkret: Da gibt es also Bundesländer, deren Hauptschüler während fünf Schuljahren insgesamt drei Schülerwochenstunden Politische Bildung über sich ergehen lassen müssen. Auch in diesen Bundesländern gibt es Ferien, gibt es Feiertage, gibt es anderweitig begründeten — oder auch manchmal unbegründeten — Unterrichtsausfall, gibt es Lehrermangel und Lehrerwechsel, gibt es zu große Klassen und so weiter. Man muß sehr optimistisch sein um zu unterstellen, daß den Hauptschülern in diesen Bundesländern sage und schreibe 3 (Jahre) \times 1 Wochenstunde zu 45 Minuten, abzüglich oben genannter Schulprobleme sowie zusätzlich abzüglich aller Alltagsprobleme (mangelnde Motiviertheit der Schüler, Erledigung klassenorganisatorischer Angelegenheiten und so weiter) \times 35 Unterrichtswochen (nochmals: abzüglich oben aufgelisteter Probleme, die nicht in der „Macht“ von Lehrern oder Schülern liegen) Politik-Unterricht zuteil wird. Das heißt also: 105 Unterrichtsstunden Politische Bildung sind hierzulande genug!

Angesichts dieses katastrophalen Mißstandes — man kann es nicht vornehmer charakterisieren, wenn einem denn daran gelegen ist, seinen Lebensabend und das Leben seiner Kinder und Enkelkinder in der Obhut der „formalen Demokratie“ zu wissen — wirken sowohl die Bekundungen unserer Politiker hinsichtlich der Erwartung einer „kritisch-loyalen“ Jugend als auch die meisten Veröffentlichungen zur Theorie der Politischen Bildung der letzten Jahre schlicht realitätsfern. Denn was ist in diesen wenigen Stunden „beizubringen“? Wie kann Wissen, Erkenntnis und Ein-

sicht, wie können demokratieadäquate Verhaltensweisen voraufgebaut respektive gefördert, wie kann Konfliktlösung durchdacht und geübt, wie kann rationale Analyse der gesellschaftlichen Strukturen geleistet, wie kann irgendeines der blumigen „obersten Lernziele“ — „Emanzipation“ und/oder — die Alternative ist unsinnig, übrigens — „Rationalität“ — wenigstens in den Reflektionshorizont der jungen Menschen gebracht werden, die eines Tages die Mehrheit des Staatsvolkes und damit des Wahlvolkes stellen werden?

Nicht die politische Apathie der jungen Staatsbürger ist verwunderlich, sondern jene der Eltern und ihrer Organisationen: Die Eltern von heute haben noch Erinnerungen an die harten Jahre des Wiederaufbaus, wissen noch, unmittelbar vermittelt durch ihre Väter und Mütter, was Nazismus, was Krieg, was Hunger, Vertreibung heißt — aber mir ist kein Fall eines Elternvereins bekannt, der zugunsten von mehr Politik-Unterricht Kultusminister bestürmt hätte. Hoffen die Mütter und Väter unserer derzeitigen Hauptschüler, daß der politische Schlendrian der letzten Jahrzehnte mit Gottes Hilfe weitergehen wird, bis sie ihre Rente oder Pension in Ruhe verzehrt haben und ihre letzte Ruhestätte politisch ungeschoren fanden?

Doch nicht nur Eltern scheinen hinsichtlich unserer politischen Zukunft von beängstigender Apathie beherrscht zu sein: Wo bleiben die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, die Kammern, wo bleiben schließlich die politischen Parteien in den Landesparlamenten, die letztlich zu entscheiden haben, was, d. h. auch, welche Fächer an unseren Schulen mehr oder weniger unterrichtet werden?

Nun könnte jemandem jetzt einfallen, was — abgesehen von einer Minderheit — vor zwei Jahrzehnten niemand laut ausgesprochen hätte: Wenn nur die „Besseren“ (ton ariston) genügend politisch gebildet werden und sind, läßt sich „formale Demokratie“ aufrechterhalten. Zynisch wäre solche Denkungsart zwar, aber sie ist nicht von der Hand zu weisen: Hennis und Giesecke und manche andere haben sie jedenfalls angebahnt³⁾.

³⁾ Gemeint ist hier insbesondere jener Aufsatz von Wilhelm Hennis, in dem er vor Überspanntheiten der Theorie Politischer Bildung zu warnen meinte, in Wirklichkeit aber ziemlich unverblümt zugunsten von Elitenbildung hier und „Zuschauerdemokratie“ da plädierte (Das Modell des Bürgers, in: Gesellschaft—Staat—Erziehung, 2. Jg. 1957, S. 330f.), und gemeint ist die Grundposition Hermann Gieseckes, die sich durch alle Auflagen seiner „Didaktik

Wie also steht es in den Gymnasien und in den Realschulen in unserem Staat um das Unterrichtsfach der Politischen Bildung? Das Ergebnis kann vorweggenommen werden, der empirische Erweis mag folgen: jedenfalls steht es um keinen Deut besser, eher schlechter, wenn man einmal vom Kurse-Wesen der gymnasialen und gesamt schulischen Sekundarstufe 2 absieht. Wie es in concreto um Kursangebote steht, die Politisches thematisieren, bedürfte einer empirischen Erhebung; nicht minder interessant dürfte sein zu wissen, ob und in welchem Umfang und unter welchen Themen einschlägige Kursangebote von den Gymnasialisten „angenommen“ wurden. Diesen „freien Markt“ zu durchforsten, wäre eines kleinen Forschungsvorhabens würdig.

Im Blick auf die Sekundarstufe 1 der Realschulen und Gymnasien stellt sich, vergleichend zur Tabelle 1 kompiliert, die Situation in den einzelnen Bundesländern wie folgt dar:

Politik-Unterricht an den	Realschulen	Gymnasien
Baden-Württemberg	5	2/4
Bayern	2/6	1/3
Berlin	6	14 (mit Geschichte)
Bremen	4	4
Hamburg	5	2
Hessen	7	7
Niedersachsen	3	7
Nordrhein-Westfalen	4	?
Rheinland-Pfalz	2	2
Saarland	4	1
Schleswig-Holstein	5	—

Von „Politik-Unterricht“ ist hier unbeschadet der unterschiedlichen Etikettierungen in diesem oder jenem Bundesland die Rede. Die 14 Schülerwochenstunden in der Sekundarstufe der Berliner Gymnasien erklären sich aus der Zusammenfassung mit Geschichte. Vermutlich sind die Doppelzahlen wie „2/4“, „2/6“ sowie „1/3“ als „je nachdem“ zu interpretieren. Es sei schließlich ausdrücklich festgestellt, daß diese Übersicht Fehler enthalten kann, da das

der politischen Bildung“ hindurchzieht; zwar erfährt auch Hennis ein bißchen Kritik, aber dann liest man doch in der ersten Auflage von Gieseckes „Didaktik...“: „Hennis Vorschlag, den vernünftigen politischen Reaktionen größeres Gewicht beizumessen, scheint mir daher ein sehr realistischer Vorschlag zu sein“ (S. 63). Und man erfährt etwas vom Unterschied zwischen Elite und Plebs, wenn man den Anregungen Gieseckes folgt, für letztere Sozialkunde, für erstere aber zusätzliche Arbeitsgemeinschaften einzurichten.

ihr zugrundeliegende Material die Situation des Unterrichtsfaches so unübersichtlich darstellt, daß nur interpretativ Aussagen zustande kommen können: Eine Mehrzahl von Verklammerungen, teilweise nur mit Geschichte, teilweise mit Politik und Erdkunde auch aus solchen Bundesländern, die seit Jahren lautstark gegen „hessische“ Lösungsversuche eines integrierten Faches „Gesellschaftslehre“ opponieren, läßt viel Spielraum, um je nach Position und Situation nachweisen zu können, daß zu viel oder auch zu wenig Politik-Unterricht stattfindet.

Dies dürfte jedenfalls feststehen: Im Vergleich mit Erdkunde und Geschichte ist Politik-Unterricht in allen Bundesländern unterrepräsentiert. An einigen Beispielen kann dies verdeutlicht werden:

	Geschichte		Sozialkunde		Erdkunde	
	Real- schule	Gymna- sium	Real- schule	Gymna- sium	Real- schule	Gymna- sium
Baden-Württemberg	8	8	5	2/4	9	8
Bremen	8	8	4	4	6	12
Hamburg	6	10	5	2	7	9/8
Rheinland-Pfalz	8	8	2	2	10	10
Saarland	8	8	4	1	10	9
Schleswig-Holstein	7	8	5	0	10	12

Ausgewählt wurde für diese Tabelle keinesfalls nach politischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich nach solchen der Übersichtlichkeit: In den hier vorgestellten Ländern weiß man wenigstens, woran man ist, wie unerfreulich auch immer das Resultat zugunsten Politischer Bildung in einem eigenständigen Unterrichtsfach sein mag. Welche rationale Erklärung sich hinter Entscheidungen wie den folgenden verbirgt, wäre zweifellos interessant zu erfahren: In den Bremer Gymnasien meint man zwar, den Schülern der Sekundarstufe 1 vom 5. bis 10. Schuljahr 12 Schülerwochenstunden Erdkunde zumuten zu müssen, aber mit vier Sozialkundestunden im Blick auf den Fortbestand unseres Staates als eines demokratischen Gemeinwesens auskommen zu können; in Schleswig-Holstein stellt sich das Verhältnis noch unfaßlicher dar, nämlich 12 Erdkunde- zu 0 Sozialkunde-Schülerwochenstunden.

Angesichts der hier skizzierten Lage der Politischen Bildung im öffentlichen Schulwesen

der Länder unseres Staates mutet die Diskursebene in zahlreichen Büchern und Aufsätzen geradezu makaber an: Wenn maximal eine Schülerwochenstunde pro Schuljahr in den Sekundarstufen 1, sei es in der Hauptschule, in der Realschule oder im Gymnasium, zur Verfügung steht, wirkt die Auseinandersetzung um Fragen nach einem oder einer Mehrzahl oberster Lernziele ebenso absurd wie etwa jene um die wissenschaftstheoretische Durchdringung von Theorie-Konstruktion der Politischen Didaktik; liegen Empfehlungen und Beschlüsse der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“ ebenso neben der Realität wie alle „modernen“, d. h. nicht „gedruckten Lehrervortrag“ demonstrierenden Schulbücher; sind alle Verdächtigungen, daß die Schule, daß „linke“ Lehrer — was auch immer das sein mag! — und „linke“ Schulbücher Kinder und Jugendliche verderbern, lächerlich.

An die Stelle makabrer Hochgestochenheiten sollte aber keineswegs resignativer Pragmatismus treten, wie ihn einige Politik-Didaktiker seit einigen Jahren verkünden, sondern eine realistische Argumentation, die Schule und Unterricht weder über- noch unterbewertet, die den Beitrag der Sozialkunde zur politischen Sozialisation zukünftiger demokratischer oder undemokratischer Bürger, möglichst auf empirischer Grundlage, sichtbar macht und alle Mitverantwortlichen vor bündige Entscheidungsalternativen stellt, Eltern wie Kultusminister, Parteien und Verbände. Seit Jürgen Habermas' „Student und Politik“ sind zahlreiche empirische Erhebungen durchgeführt worden, die an dieser Stelle nicht zu referieren sind. Eines ist ihnen gemeinsam: Ein Zusammenhang von „politischem Verhalten“ und quantitativem wie qualitativem „mehr oder weniger“ an Politischer Bildung ist nachweisbar.

Wenn diese Verallgemeinerung auf Grund der Kenntnis zahlreicher empirisch angelegter „Effektivitätsuntersuchungen“ des sozialkundlichen Unterrichts aufrechterhalten werden kann, so dürften alle Theoretiker und Praktiker der Politischen Didaktik unbeschadet ihrer positionellen Unterschiede dafür eintreten können, ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung für die Zukunft des Gemeinwesens, dem sie als Angestellte und Beamte, als Lehrer und Forscher dienen, von einer angemessenen Berücksichtigung des Politik-Unterrichts in allen Ländern, in allen Schularten und -formen, von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe 2, im Beruflichen Bildungswe-

sen wie in Gymnasien und Gesamtschulen abhängig zu machen.

Politik-Didaktiker sind nicht die Prügelknaben der Nation, denen man in einem Atemzug alles zumuten und alles unterstellen kann, und Politische Didaktik als Theorie und Praxis ist keine Feuerwehr, an die sich mit schöner Selbstverständlichkeit jedermann in unserer Gesellschaft wenden kann mit Auf- und Anforderungen: sorgt gefälligst dafür, daß antisemitische Ausschreitungen, Schmierereien und dergleichen mehr nicht wieder vorkommen; haltet das Bewußtsein von der einen deutschen Nation in den Köpfen der nachwachsenden Generation wach; bugsiert in die Köpfe der Schüler europäisches Bewußtsein hinein; verhindert, daß anlässlich von öffentlichen Vereidigungen der Rekruten der Bundeswehr Krawalle stattfinden und so weiter. Selbst wenn man unreflektiert solche Zuschreibungen als legitime Aufgaben des Politik-Unterrichts hinnähme, bliebe die Frage offen: wann und wo soll dies in unseren Schulen geschehen?

Die gemeinsame Argumentation aller Politik-Didaktiker sollte indes auf einer anderen Ebene angesiedelt werden; sie sei abschließend skizziert und damit zur Diskussion gestellt:

„Demokratie“ ist hierzulande eine nach wie vor junge, zarte, alltäglich gefährdete „Pflanze“. Demokratisches Bewußtsein und demokratisches Verhalten ist hierzulande eine Sache mehrerer Generationen, da nur allmählich die verinnerlichten Normen und Verhaltensweisen, die — harmlos gesagt — wenig mit demokratieadäquatem Sichdarleben gemein haben, die aber auch ein Bestandteil des historisch Vermittelten im Kontext deutscher Sondergeschichte sind, zurücktreten zugunsten angemessener Normen und Verhaltensweisen. Ohne demokratische Politische Bildung wird dieser Prozeß nicht nur ungebührlich verschleppt, er ist alltäglich bedroht: Das Aufkommen einer politischen Rechten extremistischen Zuschnitts im Zusammenhang mit der Rezession der sechziger Jahre, das Ausflippen linker Bekenntnishaftigkeit in Gruppen und Grüppchen mit totalitärer Ideologie und Bereitschaft zur Gewaltanwendung in den siebziger Jahren, das Anwachsen neonazistischer Klüngel in unseren Tagen sollte nachdenklich machen: Nicht zu viel, nicht politisch einseitige Politische Bildung, sondern arationales und irrationales Unbehagen an gesellschaftlich-politischer Wirklichkeit sind dafür verantwortlich zu machen. Aus A- und Irratio-

nalität kann aber nur intentionale politische Sozialisation herausführen, in deren Mittelpunkt das Lernen von rationalen Problemlösungen steht. Das will und muß vielfach geübt, geprobt, bewährt werden. Deshalb bedarf Politik-Unterricht nicht nur einer auf der Höhe unserer Tage stehenden „Didaktik und Methodik“, bedarf er nicht nur sachkompetenter, das heißt sozialwissenschaftlich gründlich vorgebildeter und zu permanenter Weiterbildung stimulierter Lehrer, sondern auch und vor allem in erster Linie: Politische Bildung braucht Zeit, Zeit und nochmals Zeit. Wer ihr diese verweigert, möge nicht über „die heutige Jugend“ schimpfen.

Auf der Grundlage solcher Überlegungen und Analysen, wie sie hier vorgetragen wurden, haben der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gemeinsam im Frühjahr 1980 der Kultusminister-Konferenz ein Memorandum über die Situation des Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ vorgelegt. In diesem Memorandum wird u. a. auf die Gefahren eines Abdrängens dieses Faches an den Randbereich schulischer Leistungen und der damit verbundenen Konsequenzen für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht:

„— Die Be- und Verarbeitung primärer Sozialerfahrungen durch Kinder in den gesellschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit bedarf der systematischen und organisierten Lernhilfe; diese schulische Aufgabe muß bereits in der Primarstufe einsetzen, bedarf der Kontinuität, die nur durch durchgängigen ‚sozialkundlichen‘ Unterricht gewährleistet werden kann, und sie muß insbesondere im 5./6. Schuljahr intensiv verfolgt werden, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Hilfe bei der Entwicklung von Wertebewußtsein. Primäre Sozialerfahrungen und ihre Verarbeitung im Sinne des Aufbaus kognitiver Strukturen darf nicht dem Zufall überlassen bleiben oder rhapsodisch oder nur stakkatohaft erfolgen.

— Nicht nur, aber auch in Ansehung der Tatsache, daß wir, im televisiven Zeitalter lebend, alltäglich vermittelt mit Politischem konfrontiert werden und auch Kinder sich diesem medialen Bombardement nicht entziehen können, ist vom frühestmöglichen Zeitpunkt Informations- und Interpretationshilfe zur Bewältigung dieser Konfrontation geboten.

— Es dürfte unter allen Politikern der Bundesrepublik Deutschland Einigkeit darüber er-

zielbar sein, daß Individuen, Gesellschaft und Staat im weltweiten Zusammenhang vor Problemen stehen, die mit den politischen Aufgaben der letzten Jahrzehnte kaum mehr vergleichbar sind und deren Bewältigung u. a. ein gewandeltes, gar ein neues gesellschaftspolitisches Bewußtsein der Bürger verlangen. Minimalistische Politische Bildung ist außerstande, zu dieser Bewußtseinsbildung wie auch zu ihr entsprechenden wertorientierten Verhaltensweisen einen Beitrag zu leisten, ohne den der Bestand von Demokratie in der Bundesrepublik gefährdet ist.

— Die Randstellung und mangelnde Kontinuität der Politischen Bildung wirken sich auch auf die Bewertung dieses Faches und der Politik überhaupt bei den Heranwachsenden aus ...“

Trotz des geringen Stellenwertes Politischer Bildung in der Schule wird deren Wirkung von Politikern und Öffentlichkeit z. T. überschätzt. Während früher Hakenkreuzschmierereien und das Aufkommen der NPD mit der Forderung nach mehr Politischer Bildung beantwortet wurden, wird heute die oft nur partiell oder überhaupt nicht stattfindende Politische Bildung für Radikalisierungstendenzen bei Schülern und Jugendlichen verantwortlich gemacht. Dazu kommt, daß der Politischen Bildung immer neue Aufgaben zugewiesen werden, ohne daß deren Anteil in den Stundentafeln erweitert wird. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Politische Bildung für manche Politiker eine Alibifunktion oder die Rolle eines „Schwarzen Peters“ einnimmt. Fehlentwicklungen und Defizite im demokratischen Bewußtsein können nicht auf zu viel, sondern eher auf zu wenig an Bemühen um Politische Bildung zurückgeführt werden.

Der zuerst von C. P. Snow 1959 geäußerten Kritik am Bildungsbewußtsein ist nicht nur auch heute noch zuzustimmen; der beklagten Kluft zwischen literarischer und naturwissenschaftlicher Intelligenz ist ergänzend hinzuzufügen, daß jene „Dritte Kultur“ nur mangelhaft ausgeprägt ist, die ihre Wurzeln vor allem in den Sozialwissenschaften hat. Wie die Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert um ihre Anerkennung als Bildungsgüter ringen mußten, so ringen derzeit die Sozialwissenschaften um pädagogisch-didaktische Anerkennung. Während aber die Massenmedien ihre „Ergebnisse“ und Methoden alltäglich benutzen, popularisieren und verbreiten, verhält sich das Bildungssystem eher abwartend gegenüber der historischen Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Grundbildung.

Georg Brunner: Die ungarische Revolution — 25 Jahre danach

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/81, S. 3—10

Am 23. Oktober 1956 brach in Budapest als Höhepunkt der Entstalinisierungskrise des Sowjetblocks die ungarische Revolution aus, die am 4. November von sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Nach einem Überblick über die historischen Ereignisse, ihren politischen Hintergrund und die internationalen Zusammenhänge wird das „Programm“ der Revolution analysiert. Von einem in sich geschlossenen „Programm“ konnte zwar keine Rede sein, aber aus einer Zusammenschau der Begleitumstände und der zahlreichen Einzelforderungen ergibt sich, daß der Volksaufstand antisowjetischer und antikommunistischer Natur war und die nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie im klassisch-abendländischen Sinne erstrebte. Mit den revolutionären Forderungen wird dann das „Kádár-Modell“ der Gegenwart konfrontiert, das sich durch eine vergleichsweise liberale und erfolgreiche Innenpolitik der begrenzten politischen und weitgehenden Wirtschaftsreformen auszeichnet, gegenüber Moskau aber durch das unanfechtbare Führungsmonopol der Partei und die Befolgung der außenpolitischen Generallinie der Sowjetunion abgesichert wird.

Die Forderungen der Revolution von 1956 sind in wesentlichen Punkten zwar nicht erfüllt worden, aber Ungarn genießt heute eine nicht unbeträchtliche innere Autonomie, gewisse Freiheiten und einen bescheidenen Wohlstand. Obwohl die Bevölkerung das in den 25 Jahren Erreichte zu schätzen weiß und die politischen Führer nicht mit inneren Gefährdungen des Systems zu rechnen brauchen, ist die von einer apolitischen Konsummentalität geprägte Grundstimmung im Lande ambivalent.

Gabriele Müller-List: Eine neue Moral für Deutschland? Die Bewegung für Moralische Aufrüstung und ihre Bedeutung beim Wiederaufbau 1947—1952

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/81, S. 11—23

In den ersten Nachkriegsjahren hatte die von dem Amerikaner Frank Buchman 1938 gegründete Bewegung für Moralische Aufrüstung in Deutschland größte Popularität. Hauptziele der Bewegung waren nach 1945: Verkündung einer christlich fundierten Ideologie angesichts der allgemeinen Desillusionierung, Abbau der Klassenunterschiede, Versöhnung der Kriegsgegner und Schaffung einer westeuropäischen Zusammenarbeit mit einem integrierten Deutschland. Bei den jährlich stattfindenden Weltkonferenzen in Caux, bei Theateraufführungen, auf Kundgebungen und in Schulungen durch die Mitarbeiter Buchmans suchte man die Ideen der Moralischen Aufrüstung zu verbreiten. Dabei bemühte man sich besonders um die Gewinnung von einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

Der Erfolg der Bewegung läßt sich allerdings schwerlich anhand konkreter Sachverhalte nachweisen. Um so deutlicher ist hingegen die Mitwirkung der Moralischen Aufrüstung bei der Schaffung einer Atmosphäre der Verständnis- und Gesprächsbereitschaft, gerichtet auf Interessenausgleich und politischen wie sozialen Frieden. Ihr größtes Verdienst für Deutschland besteht darin, nach dem Zusammenbruch 1945, in einer Zeit größter wirtschaftlicher Not und allgemeiner Unsicherheit, Hilfe geboten zu haben bei der Suche nach einer neuen Identität zunächst auf persönlicher, aber auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Als erstes nach dem Kriege haben Frank Buchman und seine Mitarbeiter die Deutschen als gleichberechtigte Gesprächspartner anerkannt und mit ihnen nach neuen Wegen gesucht heraus aus dem Chaos dieser Zeit. Ohne die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit auflösen zu können, hat die Bewegung dennoch durch ihren intensiven Einsatz gerade im Bereich der Wirtschaft entscheidend zum Abbau von Vorurteilen und zum Ausgleich der sozialen Gegensätze beigetragen.

Mit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Stabilisierung verringerten sich die Aktivitäten der Moralischen Aufrüstung in Deutschland, die dann auch bei der Bevölkerung bald an Popularität verlor. Ihren Zielen entsprechend wandte sich die Bewegung nun verstärkt neuen Aufgabengebieten zu, vor allem in Afrika, Südamerika und Asien.

Kurt Gerhard Fischer: „Viel Lärm um nichts“ — oder: Wie ist es um die Politische Bildung bestellt?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/81, S. 25—30

Verfolgt man in den letzten Jahren das publizistische Geschehen um die Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, so gewinnt man den Eindruck von hohen Ansprüchen, von schulpolitisch Gewichtigem. Angesichts dieses Eindrucks und der vehement verfochtenen Streitigkeiten darf die Frage erlaubt sein, welche Realität im Schulalltag alledem korrespondiert?

Ein Überblick über die Stundenzahl für das Fach Politische Bildung in den einzelnen Bundesländern zeigt schon allein die große Diskrepanz zwischen der theoretischen wie politischen Diskussion dieses Faches und dem tatsächlichen Angebot von Politischer Bildung in den Schulen. Als Reaktion auf diese im Grunde makabre Situation sollte aber weder Zynismus noch resignativer Pragmatismus treten, sondern eine realistische Argumentation, die Schule und Unterricht weder über- noch unterbewertet. Sie sollte nüchtern den Beitrag von Politischer Bildung und Sozialkunde für die Sozialisation zukünftiger demokratischer (oder undemokratischer) Bürger möglichst auf empirischer Basis sichtbar machen und alle Mitverantwortlichen vor bündige Entscheidungsalternativen stellen — Eltern wie Kultusminister, Parteien und Verbände.

Politik-Didaktiker sind nicht die Prügelknaben der Nation, denen man alles zumuten und alles unterstellen kann; Politische Didaktik als Theorie und Praxis ist keine Feuerwehr, an die jedermann seine Auf- und Anforderungen stellen darf, wenn es zu größeren Konflikten kommt. Aber selbst wenn man unreflektiert solche Ad-hoc-Einsätze als legitime Aufgabe für den Politik-Unterricht forderte oder hinnähme, bliebe noch die Frage offen: wann und wo soll dies in den Schulen geschehen? „Demokratie“ ist hierzulande immer noch eine zarte, alltäglich gefährdete „Pflanze“. Demokratisches Bewußtsein und demokratisches Verhalten — und damit die Politische Bildung — benötigen Zeit und nochmals Zeit. Wer diese verweigert, möge nicht über „die heutige Jugend“ schimpfen.